

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

55. Sitzung
18. September 2025

Beginn: 09.01 Uhr
Schluss: 13.10 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2627

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)**

[0263](#)

UK

Haupt(f)

**Hier: Einzelplan 07 Kapitel 0700 bis 0721, 0740 (alle
Titel mit Bezug zu Klimaschutz und Umwelt), 0750
bis 0752 sowie**

**Einzelplan 27 Kapitel 2707 – Aufwendungen der
Bezirke – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und
Umwelt (alle Titel mit Bezug zu Klimaschutz und
Umwelt)**

– Vorabüberweisung –

– 1. Lesung –

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ erläutert, dass gemäß der am 03.07.2025 im Ausschuss beschlossenen Verfahrensregeln der Haushaltsberatungen in der ersten Lesung keine Generalausprache durchgeführt werde. Dies erfolge zur zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes. Die vorab eingegangenen Fragen und Berichtsaufträge der Fraktionen seien in einer Synopse – siehe Anlage zum Beschlussprotokoll – zusammengeführt worden, die dem Ausschuss und dem Senat vorab übermittelt worden sei. Zudem liege die Synopse als Tischvorlage vor und könne auf der Webseite des Abgeordnetenhauses öffentlich eingesehen werden. Kapitel und Titel zu denen es keinen Redebedarf gebe oder deren Fragen mündlich geklärt worden seien, seien abgeschlossen und würden in der zweiten Lesung nicht erneut aufgerufen. Sollten spontane Berichtsansprüche aufkommen, müssten diese in der Sitzung angemeldet und bis zum 19.09., 12 Uhr, schriftlich nachgereicht werden. Personaltitel und Stellenpläne aller Einzelpläne würden in den Unterausschüssen des Hauptausschusses beraten. IKT-Titel seien dem Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz zur Beratung überwiesen. Titel des Einzelplans 29, Kapitel 2980, könnten kurz beraten und Berichtsaufträge ausgelöst werden. Änderungsansprüche seien dem Hauptausschuss vorbehalten.

Der **Ausschuss** bittet um die Beantwortung der in der Synopse – siehe Anlage zum Beschlussprotokoll – aufgeführten Fragen und die Übermittlung der angeforderten Berichte rechtzeitig zur zweiten Lesung am 16.10.2025.

Darüber hinaus wurde zu folgenden Fragen und Titeln in der Ausschusssitzung ausgeführt:

Einzelplan 07 – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt –

Einleitende Stellungnahme des Senats

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bemerkt einleitend, dass dieser Doppelhaushalt die Forderung erfülle, zu konsolidieren, zu investieren und zu reformieren. Bei Aufstellung des Haushaltsentwurfs sei beachtet worden, dass bestehende rechtliche und vertragliche Verpflichtungen erfüllt und die öffentliche Daseinsvorsorge weiter gewährleistet würden. Der Klimapakt mit den landeseigenen Unternehmen erstreckte sich über den gesamten Haushalt und sehe Investitionen in Höhe von 2,3 Mrd. Euro vor. Das werde dazu beitragen, CO₂-Emissionen zu reduzieren, da große Maßnahmen mit erheblichen Auswirkungen auf den CO₂-Ausstoß finanziert würden. Die politische Verantwortung sei, die Prioritäten im Haushalt so zu setzen, dass ein handlungsfähiger Staat und eine funktionierende Stadt existierten. Das schütze die Demokratie. Im Haushaltsplanentwurf würden massive Investitionen in Bestandserhalt und Ausbau der originären Infrastruktur vorgenommen. Im Mobilitäts- und Verkehrshaushalt werde insbesondere in Brücken, Uferwände und den ÖPNV investiert. Investitionen in den ÖPNV und Radverkehr seien ebenfalls Klimaschutz- und Umweltschutzmaßnahmen. Die Teile des Einzelplans 07 dürften insofern nicht getrennt betrachtet werden.

Kapitelübergreifende Fragen

Frage Nr. 1, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Wie viel von den zusätzlichen Mitteln, die Berlin aus dem Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes erhält, fließt konkret in den Landeshaushalt, und in welchem Umfang wird dabei der Umweltbereich berücksichtigt?“

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Senatsverwaltung für das Sondervermögen des Bundes zu finanzieren für den Bereich Umwelt?“

Linda Vierecke (SPD) schlägt vor, dass die konkrete Frage schriftlich beantwortet werde, aber dass der Senat unter Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes – übergreifend dazu ausführe.

Danny Freymark (CDU) merkt an, dass die kapitelübergreifenden Fragen oft nicht pauschal beantwortet werden könnten und sich ein Bericht anbiete. Wo möglich, könne der Senat mündlich ausführen. In der zweiten Lesung könne dann auch übergreifend debattiert und der Haushalt angepasst werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 2, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Wie werden tarifliche Anpassungen bei den institutionellen und projektgeförderten Einrichtungen berücksichtigt? Erfolgt die Finanzierung über einen zusätzlichen Haushaltstopf oder auf anderem Wege?“

Stefan Reepschläger (SenMVKU) erläutert, dass tarifliche Anpassung über die Ansätze finanziert werden müssten, mit denen die Ausgaben für Zuwendungen im Haushaltsplan veranschlagt seien. Seit Auflösung der zentralen Vorsorge für Tarifierpassungen im dritten Nachtragshaushaltsgesetz müssten während der Haushaltswirtschaft höhere Ausgaben als die veranschlagten über die üblichen haushaltswirtschaftlichen Instrumente wie die Deckungsfähigkeit zulasten anderer Ausgaben ausgeglichen werden. Andere Möglichkeiten gebe es nicht.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage abgeschlossen sei.

Frage Nr. 3, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Bitte listen Sie alle investiven Projekte kapitelübergreifend einzeln auf. Inwieweit entstehen bei einer Verschiebung dieser Maßnahmen Vertragsstrafen? Inwieweit entstehen.“

Danny Freymark (CDU) erläutert, dass die Auflistung der investiven Maßnahmen des Bereichs Umwelt- und Klimaschutz mitsamt der Konsequenzen bei möglichen Verschiebungen nötig sei, um gute Abwägungen treffen zu können.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 4, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Aus welchem Grund wurden die Zuschüsse für die Verbraucherzentrale Berlin gekürzt und teilt die Senatsverwaltung die von der Verbraucherzentrale kommunizierten Auswirkungen? Wenn nein, von welchen Auswirkungen der Kürzungen geht der Senat aus?“

Beate Züchner (SenMVKU) antwortet, dass die Zuschüsse an die Verbraucherzentrale bislang in Form zweier Projekte ausgereicht worden seien. Im einen Fall sei sie Dienstleister für ein Projekt, im anderen Fall werde das Projekt federführend durch die SenJustV durchgeführt. Dafür sei aus der Maßnahmengruppe 01 und dem damaligen Kapitel 0750 die Übertragung von Mitteln an die Verbraucherschutzzentrale erfolgt. Welche Auswirkungen mit den Kürzungen verbunden seien, könne die SenMVKU nicht einschätzen, da die SenJustV zuständig sei.

Linda Vierecke (SPD) bittet, die Auswirkungen der Kürzungen darzustellen. Im BEK seien 500 000 Euro veranschlagt.

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass über eine auftragsweise Bewirtschaftung Mittel an SenJustV für das Projekt „Berlin is(s) klimafreundlich“ übertragen worden seien. Beim Projekt Bauinformationszentrum sei die Verbraucherzentrale Unterauftragnehmer. Die Maßnahmen seien alle aus der Maßnahmengruppe 01 mit rund 1 Mio. Euro insgesamt finanziert worden.

Danny Freymark (CDU) unterstreicht, dass die Arbeit der Verbraucherzentrale wertgeschätzt werde und es nicht richtig sei, sowohl im Einzelplan 06 als auch im Einzelplan 07 so massiv zu kürzen. Die Verbraucherzentrale werde dadurch in ihrer Arbeit eingeschränkt. Die Abgeordneten müssten Lösungen finden.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) warnt davor, dass die Kürzung von 500 000 Euro zu Entlassungen und zum Verlust von Strukturen bei der Verbraucherzentrale führe. Das könne sich Berlin nicht erlauben. Ernährungsbildung sei auch Klimaschutz.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) stimmt dem Abgeordneten Freymark zu, dass die Verbraucherzentrale eine wichtige Instanz sei. Seine Fraktion sei besonders um die Energieberatungsprogramme besorgt. Gerade mit dem Beginn der Umsetzung der Wärmeplanung ab 2026 bräuchten die Bürger/-innen die Verbraucherzentrale als Anlaufpunkt zur Informationsgewinnung. Es sei zu hoffen, dass die Koalition hier nachbessern könne.

Linda Vierecke (SPD) stimmt zu, dass die Verbraucherzentrale bedeutend sei. Es sei die Aufgabe der Abgeordneten, dies zu betonen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage abgeschlossen sei.

Frage Nr. 12, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Bitte um Zusammenstellung aller Haushaltstitel und Maßnahmen zum Thema kommunale Wärmeplanung und speziell die Umsetzung dieser ab 2026.“

Wann wird die endgültige kommunale Wärmeplanung für Berlin vorliegen? Wie sind die Bezirke in die Erstellung einbezogen?

Wie informiert der Senat die Bürger*innen über die kommunale Wärmeplanung? Sind Gelder vorgesehen, um die Wärmeplanung umzusetzen? Wenn ja, wo? Bitte um Zusammenstellung aller Haushaltstitel und Maßnahmen.“

Linda Vierecke (SPD) bittet, dass kurz erläutert werde, wie für die kommunale Wärmeplanung im Haushalt Vorsorge getroffen sei. Ansonsten solle die Frage schriftlich beantwortet werden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass Vorsorge getroffen worden sei. Die Wärmeplanung sei ein wesentlicher Baustein für Klimaneutralität, die gute Fortschritte mache und fristgerecht veröffentlicht werde. Die verkürzte Wärmeplanung sei schon seit 2024 veröffentlicht. Die Wärmeplanung werde auch in einem Lenkungsreis mit den CEOs der betroffenen Unternehmen besprochen, um die Umsetzbarkeit der Planungen zu gewährleisten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 16, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Werden Kleingewässer und Moore - neben dem neuen Kleingewässerprogramm - auch weiterhin als Anpassung an den Klimawandel, der Risikoprävention und der Katastrophenresilienz gefördert? In welchem Titel sind Finanzierungen für den Moor- und Kleingewässerschutz enthalten und in welchem Umfang?“

Linda Vierecke (SPD) fragt, warum es in dem Bereich Kürzungen gebe und was für die Kleingewässer und den Moorschutz getan werde. Der Bereich sei mit dem Kleingewässerprogramm durch die Koalition gestärkt worden und hätte 2024 einen guten Mittelabruf gehabt.

Danny Freymark (CDU) greift auf, dass den BWB Mittel für den Gewässerschutz zur Verfügung gestellt worden seien. Sei angedacht, die BWB mit dem neuen gesetzlichen Auftrag noch stärker einzubinden und in welchem Umfang?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) weist hin, dass es Gespräche mit den BWB gebe, welche weiteren Aufgaben über gesetzliche und vertragliche Verpflichtungen hinaus sie übernehmen könnten. Die anderen Fragen würden schriftlich beantwortet.

Linda Vierecke (SPD) fordert ein, dass Fragen, die als mündlich zu beantworten markiert seien, auch mündlich zu beantworten seien. Ihre Frage sei noch offen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ wendet ein, dass es der Senatsverwaltung überlassen sei, wie weit sie die Fragen beantworten wolle.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) stellt klar, dass sie geantwortet habe. Es gebe Gespräche mit den BWB. Die restlichen Fragen würden schriftlich beantwortet.

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet um Klarstellung, ob das bedeute, dass die Kürzungen im Kleingewässerprogramm durch die BWB ersetzt werden sollten.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) fragt nach, ob das Land Mittel vom Bundesprogramm „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ – ANK – nutze.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) stellt klar, dass sie nicht gesagt habe, dass es mit den BWB Gespräche über den Kleingewässerschutz gebe. Es seien grundsätzliche Gespräche über zusätzliche Leistungen. – Die Frage zum ANK werde schriftlich beantwortet.

Dr. Michael Efler (LINKE) teilt mit, dass ein Berichtsantrag zum Thema Kleingewässer nachgereicht werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 17, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Warum reduziert der Senat die Umwelt-Kapitel im Einzelplan 7 überdurchschnittlich? (die drei zentralen Umwelt-Kapitel 0710, 0720 und 0750 hatten 2025 ein Ansatz-Volumen von 319 Mio. Euro. Gekürzt werden davon jetzt 2026 und 2027 jeweils 113 Mio.) Das Einsparvolumen im EP7 liegt durchschnittlich bei 14 Prozent, in den Umweltskapiteln jedoch bei 38 Prozent. Wie will der Senat die Klimaziele für das Land Berlin erreichen?“

Linda Vierecke (SPD) bittet, dass der Senat zu den massiven Kürzungen im Umweltbereich mündlich Stellung nehme.

Benedikt Lux (GRÜNE) kritisiert, dass die Senatorin Fragen der Abgeordneten unzureichend beantworte und ausweiche. Angesichts der Kürzungen von 90 Mio. Euro im Einzelplan 07 müssten konkrete Beispiele genannt werden, wo die eingangs genannten 2,3 Mrd. Euro des Klimapakts in den Klimaschutz investiert würden. Seine Fraktion werde weitere schriftliche Nachfragen nachreichen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) betont, dass bereits im Eingangsstatement das Vorgehen des Senats erläutert worden sei. Die 2,3 Mrd. Euro des Klimapakts würden in Maßnahmen investiert, die die größte Klimawirkung erzielten. Das erstrecke sich über mehrere Einzelpläne. Konkrete Beispiele seien etwa die Kapitalzuführung an die BVG zur Finanzierung von Elektrobussen im Einzelplan 07, was zur Dekarbonisierung des Landes beitrage. Investitionen in die Fernwärmenetze für die Wärmewende seien im Einzelplan 13 der SenWiEnBe verortet.

Dr. Michael Efler (LINKE) kritisiert, dass bislang nicht beantwortet worden sei, warum im Einzelplan 07 überproportional gekürzt worden sei. Im Einzelplan 29 gebe es im Umwelt- und Klimaschutzbereich auch nur eine Anmeldung für die Umrüstung von Straßenlaternen. Es sei unklar, wie die 2,3 Mrd. Euro investiert würden.

Benedikt Lux (GRÜNE) merkt an, dass bei den Kapitalzuführungen nicht automatisch sichergestellt sei, dass diese klimaschutzrelevant investiert würden. Werde die zielgerichtete Nutzung durch Verträge, Gesetze oder Verbindlichkeiten abgesichert? – Die Kritik des Abgeordneten Efler sei richtig, dass die Fragen nach den Kürzungen im Kernhaushalt wiederholt nicht beantwortet worden seien. Seine Fraktion werde die Frage schriftlich nachreichen, ob die SenMVKU sich die Aussagen des CDU-Abgeordneten Goiny in der 70. Plenarsitzung zum Haushalt zu eigen mache, dass im Umweltbereich in der Vergangenheit Projekte aufgebläht worden seien, die nichts bewirkt hätten, und daher die Kürzungen vertretbar seien. Welche Projekte konkret seien aufgebläht worden?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) wiederholt, dass sie bereits im Eingangsstatement die Ziele und Ergebnisse des Einzelplans 07 erläutert habe. Das Funktionieren der Stadt sei sichergestellt worden. Mit der Finanzierung des Umweltverbands entfalte der Einzelplan 07 auch Wirkung im Bereich Umwelt- und Klimaschutz.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 24, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wie haben sich die personellen Kapazitäten in den Bereichen Naturschutz und Stadtgrün, Umwelt- und Naturbildung bzw. Pflanzenschutzamt bei der Senatsverwaltung für Umwelt, den unteren Umwelt- und Naturschutzbehörden sowie bei der landeseigenen GmbH Grün Berlin in den letzten zwei Jahren entwickelt?

Wie hat sich der Anteil von Frauen beim Personal in diesem Zeitraum geändert? Wie wurde/wird bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2026/2027 der Senatsverwaltung für Umwelt Genderbudgeting berücksichtigt?“

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) bittet, dass kurz mündlich ausgeführt werde, ob die während der Regierungszeit seiner Fraktion bereitgestellten 20 Stellen für die Ausweisung von Landschafts- und Naturschutzgebieten hätten besetzt werden können.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass die Stellen im Stellenplan weiterhin ausgewiesen seien. Ob diese besetzt seien, müsse schriftlich nachgeliefert werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 27, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Bitte um Zusammenstellung aller Haushaltstitel und Maßnahmen zum Thema Klimawandelfolgenanpassung.“

Benedikt Lux (GRÜNE) teilt mit, dass die Frage neu gefasst werden solle:

„Bitte um Zusammenstellung aller Haushaltstitel, Maßnahmen und deren Wirkung zum Thema Klimawandelfolgenanpassung“.

Das solle ersichtlich machen, welche Investitionen im Bereich der Klimawandelfolgenanpassung vom Land getätigt würden. Einer Schätzung des Bundeswirtschaftsministeriums zufolge müssten pro Jahr 55 Milliarden Euro in die Anpassung, Naturschutz und den natürlichen Klimaschutz investiert werden, was auf Berlin heruntergebrochen circa 5 bis 7 Milliarden Euro jährlich seien. Die volkswirtschaftlichen Kosten des Klimawandels würden auf circa 280 bis 900 Milliarden Euro geschätzt.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die ergänzte Frage bis 12 Uhr am morgigen Tag nachgereicht werden solle. Die Frage werde schriftlich beantwortet.

Frage Nr. 31, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Bitte um eine aggregierte Darstellung aller Kapitalzuführungen im Rahmen des Klimapakts im Einzelplan 07.“

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) weist hin, dass seine Fraktion die Aussage, dass im Klimapakt 2,3 Mrd. Euro investiert würden, rechnerisch nicht habe nachvollziehen können. Seine Rechnung ergebe 1 Milliarde Euro. Wo seien die anderen 1,3 Milliarden Euro etatisiert?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, dass dies im schriftlichen Bericht zusammen mit der SenFin genauer erläutert werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 32, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wie sorgt der Senat in diesem Doppelhaushalt für den Baumentscheid vor?“

Benedikt Lux (GRÜNE) bittet, dass nach Möglichkeit mündlich bestätigt werde, dass der Senat im Haushaltsentwurf für 2026/2027 keine Vorsorge für das Volksbegehren „Volksentscheid Baum“ treffe. – Es sei gut, dass es gelungen sei, eine Sondersitzung zum Volksbegehren „Volksentscheid Baum“ einzuberufen, die auch ausführlich ausgewertet werden solle.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass derzeit davon ausgegangen werde, dass das Volksbegehren „Volksentscheid Baum“ keine unmittelbaren Auswirkungen im Doppelhaushalt 2026/2027 haben werde. Investitionen seien ab 2028 zu erwarten. Der Gesetzesentwurf werde aber aktuell intensiv geprüft, sodass dies als vorläufige Aussage zu werten sei.

Linda Vierecke (SPD) unterstreicht, dass das Thema Bäume und Baumpflege in der Stadt für die Koalition eine hohe Bedeutung habe und finanziert werden müsse. Da diese Maßnahme der Klimafolgenanpassung auch eine soziale Dimension habe, könne es möglicherweise auch über mehrere Haushalte etatisiert werden.

Danny Freymark (CDU) weist hin, dass das Volksbegehren Baum ein gutes Vorhaben sei, aber die derzeitige Haushaltslage nun einmal sehr angespannt sei. – Die Sondersitzung sei nicht nötig gewesen. Durch eine Zusammenarbeit hätten bessere Lösungen gefunden werden können. – Bei der Frage der Finanzierung solle zunächst die Anhörung und die Beratungen des Parlaments abgewartet werden. Die Initiative rechne, dass die nötigen Aufwendungen bei 163 Mio. Euro pro Jahr starteten und schrittweise stiegen. Mit dem Sondervermögen des Bundes biete sich eine Möglichkeit, dies finanziell abzubilden. Darüber werde aber noch beraten werden müssen.

Dr. Michael Efler (LINKE) erinnert daran, dass der Senat eine ablehnende Stellungnahme zum Volksentscheid vorgelegt und im Haushaltsentwurf die Mittel für Maßnahmen zur Stärkung des Baumbestandes komplett gekürzt habe. – Die Sondersitzung sei nötig, weil sich die Koalition bislang nicht ernsthaft mit dem Volksentscheid auseinandergesetzt habe. Außerdem gebe es zeitliche Zwänge. Die Kosten des Baumentscheids seien seiner Einschätzung nach Anfangs geringer und verteilen sich über die Jahre. – Das Sondervermögen des Bundes könne aktuell nicht für Zwecke wie Baumpflanzungen genutzt werden.

Danny Freymark (CDU) fragt nach, auf welche Gespräche mit welchen Abgeordneten der CDU-Fraktion sich die Einschätzung des Abgeordneten Efler begründe, dass die Koalition sich nicht mit dem Entscheid auseinandersetze.

Linda Vierecke (SPD) stellt klar, dass die Koalition Gespräche mit der Initiative BaumEntscheid geführt habe. – Die Kürzung für Mittel zum Baumerhalt im Entwurf seien ein Fehler. – Bei der Finanzierung des möglichen Baumentscheids sei die Kernaussage, dass es alleine aus dem Einzelplan 07 nicht möglich sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ erinnert daran, dass in der Sondersitzung ausführlicher zum Baumentscheid diskutiert werden könne.

Benedikt Lux (GRÜNE) schlägt vor, dass der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz eine eigenständige Stellungnahme zum Baumentscheid abgeben solle.

Danny Freymark (CDU) erwidert, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine realistische Gegenfinanzierung für den Baumentscheid vorbereiten solle, die dann beraten werden könne.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ sichert zu, dass das Ausschussbüro prüfe, ob der Ausschuss eine derartige Stellungnahme abgeben dürfe.

Benedikt Lux (GRÜNE) bittet, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage Nr. 32 schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 33, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Bitte um eine detaillierte Aufschlüsselung, welche originären Umwelt- und Klimaschutzaufgaben des Landes Berlin von den landeseigenen Betrieben (insbesondere BSR, BWB, BEW) wahrgenommen werden. Für jede dieser Aufgaben ist zu quantifizieren, welche jährlichen Aufwendungen den Betrieben dadurch entstehen und welche entsprechenden Ausgaben im Kernhaushalt des Landes Berlin dadurch eingespart werden.“

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) weist hin, dass für diese Frage mit Fokus auf die Unternehmensführung der landeseigenen Unternehmen die SenWiEnBe zuständig sei.

Benedikt Lux (GRÜNE) teilt mit, dass diese Frage zurückgezogen werde. – In einer anderen Frage der Koalition könne die SenMVKU aber erläutern, inwiefern die genannten 2,3 Mrd. Euro in den landeseigenen Unternehmen eingesetzt würden oder nicht.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) sichert zu, dass das gemacht werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 33 zurückgezogen sei.

Frage Nr. 34, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wie stellt der Senat sicher, dass die in den Bezirken erhobenen Bußgelder für illegal abgeladenen/entsorgten Schutt und Müll als Einnahmen dem jeweiligen Bezirk zugeordnet werden (wie im Antrag der Koalition Drucksache 19/2130 gefordert wird)?“

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) weist hin, dass die SenFin zuständig sei.

Benedikt Lux (GRÜNE) teilt mit, dass die Frage zurückgezogen werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage zurückgezogen sei.

Frage Nr. 35, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wie stellt der Senat sicher, dass die Berliner Wasserbetriebe für die Erweiterung ihres Auftrags hin zu einer vollumfänglichen Kreislaufwasserwirtschaft ausreichend finanziert werden? Ist vorgesehen, die neuen Aufgaben ausschließlich über die Wassergebühren zu finanzieren?“

Benedikt Lux (GRÜNE) greift auf, dass es in NRW entsprechende Gesetzesänderungen in der kommunalen Wasserwirtschaft gebe, die die zusätzlichen Aufgaben wie die Kreislaufwirtschaft gebührenfähig mache. – Wie würden die BWB in die Lage versetzt, die zusätzlichen Aufgaben zu finanzieren? Neben einer Gebührenerhöhung könne darauf verzichtet werden, die Gebühreneinnahmen an den Haushalt abzuführen. Diese Herausforderung müsse politisch beantwortet werden. – Die Frage könne auch im Zusammenhang mit einer ähnlichen Frage der Koalition beantwortet werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 36, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wie stellt die Senatsumweltverwaltung sicher, dass die beim Naturschutzzentrum Ökowerk e.V. im Rahmen der laufenden Baumaßnahmen entstandene Finanzierungslücke i.H.v. ca. 750.000 Euro, die aufgrund der Verteuerung seit 2021 über vier Jahre Bauzeit entstanden sind, auszugleichen bzw. dass die EU-Fördermittel dadurch nicht verloren gehen? Bis wann müssen die Baumaßnahmen abgeschlossen sein?“

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) bittet, die Frage nach Möglichkeit mündlich zu beantworten.

Klaus Wichert (SenMVKU) erläutert, dass es noch ein Defizit gebe und die Finanzierung noch 2025 geklärt werden müsse. Es werde sich um Förderprogramme bemüht. Ihm sei nicht bekannt, bis wann die Baumaßnahmen abgeschlossen sein müssten.

Danny Freymark (CDU) unterstreicht, dass das Ökowerk e.V. sehr bedeutend sei und es desaströs wäre, wenn die Finanzierung scheitere. Die Verwaltung solle sich dringend darum bemühen.

Linda Vierecke (SPD) stimmt zu, dass das Ökowerk unterstützt werden müsse. – Generell solle der Haushaltsentwurf genau geprüft werden, wo Fördergelder verfielen. Dies sei durch den Senat unzureichend geschehen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 43, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Warum ist die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) inkl. Maßnahmen für Kleingewässer kein Schwerpunktthema?“

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, warum die Umsetzung der WRRL und die Kleingewässer keine Schwerpunktthemen seien.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) kündigt an, dass die Frage mit einer vorhergehenden Frage zu den Kleingewässern im Zusammenhang schriftlich beantwortet würden.

June Tomiak (GRÜNE) weist hin, dass die Frage auch die WRRL beinhalte.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass das im gemeinsamen Bericht beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 45, Fraktion Die Linke

„Welche alternativen Varianten der Finanzierung von Investitionen für Klimaschutz, Klimawandelfolgenanpassung und Umweltschutz wurden geprüft? Welche sollen seitens des Senats angewandt werden? Warum sind jenseits der Investitionen in Verkehrsmittel des Umweltverbundes und der Umrüstung von Gasleuchten auf LED keine Vorhaben, beispielsweise für die Wärmewende, im Rahmen des Sondervermögens des Bundes geplant?“

Dr. Michael Efler (LINKE) präzisiert, dass seine Fraktion detailliert erfahren wolle, wie Klimaschutz in anderen Bereichen des Haushalts finanziert werde, insbesondere wie die 2,3 Milliarden Euro eingesetzt würden und warum die Senatsverwaltung beim Sondervermögen des Bundes abgesehen von der Gasleuchtenumstellung nur Verkehrsprojekte angemeldet habe.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 51, Fraktion Die Linke

„Insgesamt werden 11 neue Beamtenstellen im Kapitel 0710 geschaffen und 6 Stellen im Kapitel 0750 gestrichen: aus welchen Gründen?“

Dr. Michael Efler (LINKE) teilt mit, dass die Frage zum Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Umwelt- und Klimaschutzpolitik, Kreis-

laufwirtschaft und Immissionsschutz – verschoben oder jetzt mündlich beantwortet werden könne.

Frank Krips (SenMVKU) erläutert, dass die Verschiebung auf die Organisationsänderung innerhalb der SenMVKU zurückzuführen sei. Das Referat Klimaschutz sei von Abteilung III in die Abteilung I gewechselt. Die Gesamtschau werde schriftlich beantwortet.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

**Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
– Politisch-Administrativer Bereich und Service –**

**Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und
Fortbildung) –**

Frage Nr. 61, Fraktion Die Linke

„Bitte Differenz von Ist 2024 zu den erheblich höheren Ansätzen erläutern.“

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet, dass die Frage mündlich beantwortet werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung –

Frage Nr. 62, Fraktion Die Linke

„Bitte Differenz von Ist 2024 zu den erheblich höheren Ansätzen erläutern.“

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet, dass die Frage mündlich beantwortet werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

**Titel 88401 – Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden
Stadt –**

Frage Nr. 63, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wie erklärt sich die Reduzierung der Haushaltsmittel für den Flächenankauf von 7 Mio. Euro im Haushalt 2022 auf lediglich 1.000 Euro?“

Stefan Reepschläger (SenMVKU) merkt an, dass das eine einmalige Zuführung gewesen sei.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) fragt nach, ob der Platzhalter von 1 000 Euro so gedacht sei, dass bei Gelegenheit doch noch Flächen angekauft werden könnten.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass dies der Fall sei.

Stefan Reepschläger (SenMVKU) bestätigt dies.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage abgeschlossen sei.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Frage Nr. 66 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wie plant der Senat die pauschalen Minderausgaben im EP07 aufzulösen? Bitte um eine titelscharfe Auflistung.

Was ist das geschätzte Ist für 2025?“

Frage Nr. 66 b, Fraktion Die Linke

„Bitte Notwendigkeit erläutern.“

Frage Nr. 66 c, AfD-Fraktion

„Bitte die für diese PMA in Aussicht genommenen Ausgabenpositionen benennen, die in den Bereich der Kapitel 0705 bis 0721, 0740 und 0750 bis 0752 fallen.“

Franziska Leschewitz (LINKE) bittet, dass die pauschalen Minderausgaben mündlich erläutert würden.

Stefan Reepschläger (SenMVKU) erläutert, dass das der „Bodensatz“ von circa 1 Prozent des Ansatzes im Haushalt insgesamt sei, wo erwartet werde, dass dieser am Ende des Jahres nicht ausgegeben worden sei. Zum jetzigen Zeitpunkt könne das noch nicht titelscharf aufgliedert werden, daher sei das eine pauschale Annahme.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen abgeschlossen seien.

Maßnahmengruppe 32

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln –

Frage Nr. 67, Fraktion Die Linke

„Bitte Differenz von Ist 2024 zu den erheblich höheren Ansätzen erläutern.“

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet, dass die verdreifachten Ansätze mündlich erläutert werden sollten.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, dass dies schriftlich erläutert werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Maßnahmengruppe 32

Titel 81240 – Investitionen für die verfahrensabhängige IKT-Technik –

Frage Nr. 69, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wie hoch sind die anteilig veranschlagten Haushaltsmittel für das Grünflächeninformationssystem Berlin in den Haushaltsjahren 2026/2027?“

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Titel 001188 – Service SenMVKU –

Frage Nr. 70, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wie erklärt sich die Steigerung der Sachkosten?“

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Kapitel 0705 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Generelle Angelegenheiten und Recht –

Titel 11155 – Gebühren für die Sondernutzung öffentlicher Straßen –

Frage Nr. 71, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wieso erwartet der Senat geringere Werbeeinnahmen?“

Benedikt Lux (GRÜNE) bittet um ausführliche Erläuterung, warum die SenMVKU für das Thema zuständig sei und warum trotz sehr vieler Werbeflächen weniger Werbeeinnahmen erwartet würden. Die Erläuterung solle detaillierter sein als der Verweis auf die aktuelle Konjunktur.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) weist hin, dass die Werbeflächen eine Sondernutzung im öffentlichen Straßenland seien und damit die Verantwortung bei der SenMVKU liege.

Dr. Jürgen Krafczyk (SenMVKU) erläutert, dass die gegenwärtigen Einnahmen auf eine Ausschreibung von vor vier Jahren zurückgehe. Damals sei durch den Wettbewerb bei der Ausschreibung ein gutes Vertragsergebnis mit den Werbeunternehmen erzielt worden, sodass eine Steigerung der Werbeeinnahmen bei gleichzeitiger Reduzierung der Werbeflächen erzielt worden sei. Die Verträge hätten eine Laufzeit von 10 bis 15 Jahren. Die Einnahmen basierten auf dem Umsatz der Werbeunternehmen, der wiederum von der aktuellen Konjunktur abhängig sei. Insofern werde keine Absenkung, aber auch keine Steigerung der Netto-Einnahmen erwartet. Der Rückgang des Ansatzes erkläre sich damit, dass die Veranschlagung im Jahr 2024/2025 unter Berücksichtigung der Umsatzsteuer erfolgt sei. Die Werbeeinnahmen unterlägen aber laut aktueller Auskunft des Finanzamts nicht der Umsatzsteuer, sodass daher der Ansatz um diesen Anteil reduziert worden sei.

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt nach, ob die Verträge hätten nachverhandelt werden können, um den Wegfall der Umsatzsteuer zu kompensieren. Widerspreche sich die Erläuterung des Titels, dass ein Rückgang aufgrund der Konjunktur erwartet werde, den gerade gegebenen Erläuterungen? – Ansonsten sei die Frage abgeschlossen.

Dr. Jürgen Krafczyk (SenMVKU) merkt an, dass die Umsatzsteuer ein durchlaufender Posten sei, die vom Finanzamt wieder erstattet werde. Die Verträge hätten vorgesehen, dass die Umsatzsteuer vom Werbeunternehmen zusätzlich hätte erbracht werden müssen. – Die Titelerklärung gebe einen veralteten Stand wieder.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage abgeschlossen sei.

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Frage Nr. 73, Fraktion Die Linke

„Welche Verfahren laufen oder schweben?“

und

Titel 52703 – Dienstreisen –

Frage Nr. 74, Fraktion Die Linke

„Bitte Differenz von Ist 2024 zu den erheblich höheren Ansätzen erläutern.“

und

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 75, Fraktion Die Linke

„Bitte um tabellarische Auflistung der geplanten Maßnahmen mit Teilansätze und jeweiligem Ist 2024 sowie Ansatz 2025.“

Bitte begründen, warum externe Dienstleister*innen benötigt werden.“

und

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Frage Nr. 76, Fraktion Die Linke

„Bitte Differenz von Ist 2024 zu den erheblich höheren Ansätzen erläutern.“

Dr. Michael Efler (LINKE) merkt übergreifend an, dass es schwierig nachzuvollziehen sei, warum die Ansätze in den Titeln stiegen oder sanken. Dies müsse erläutert werden. – Beim Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten – müsse die Titelerklärung, dass es Mehrbedarf

fe aufgrund einer Zunahme von rechtlichen Fällen auch aufgrund einer Zunahme von Verkehrs- und umweltpolitischen Aktivitäten gebe, erläutert werden. Welche Gerichtsverfahren seien offen?

Dr. Jürgen Krafczyk (SenMVKU) erläutert, dass das Gerichtsverfahren zur Vergabe der S-Bahn-Verkehrsleistung das größte Verfahren sei und den Titel stark belaste. Aktuell liege es bei der Vergabekammer und danach möglicherweise vor dem Kammergericht. Darüber hinaus gebe es eine Vielzahl von weiteren Verfahren. Die Klagebereitschaft steige, sodass die Kosten nicht direkt vorhersehbar seien. Der Ansatz basiere auf Erfahrungswerten. Die einzelnen Rechtsverfahren würden schriftlich nachgeliefert.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage lfd. Nr. 73 schriftlich beantwortet werde.

Dr. Jürgen Krafczyk (SenMVKU) erläutert, dass die Titel 52703 – Dienstreisen – und Titel 54053 – Veranstaltungen – vor allem für Dienstreisen und Veranstaltungen im Kontext der verschiedenen internationalen Netzwerke, in denen Berlin Mitglied sei, gedacht sei. 2024 seien wegen der PMA solche Aktivitäten zurückgestellt worden. Die Europa-Wahl 2024 habe ebenfalls zu einer reduzierten Reise- und Veranstaltungsaktivität geführt, was sich 2026 und 2027 normalisieren werde. – Unter Titel 54010 – Dienstleistungen – sei der externe Dienstleister zur Unterstützung der Fördermittelakquise veranschlagt. Der Vertrag sei erst 2025 abgeschlossen worden, sodass es 2024 keinen Mittelabfluss gegeben habe

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen lfd. Nr. 74, 75 und 76 abgeschlossen seien.

Titel 54083 – Leistungen für die öffentlichen Toilettenanlagen –

Frage Nr. 77 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Wie viele zusätzliche Toiletten können mit dem Mehr an Geld finanziert werden? (Aufwuchs 25 – 27) Wie viele Toiletten gibt es bereits (bitte pro Bezirk auflisten) und wie viele sind an welchen Standorten geplant? Inwieweit sind bei den Leistungen für die öffentlichen Toilettenanlagen für 2026 und 2027 ein Erhalt bzw. Ausbau der kostenfreien Toilettenanlagen eingeplant? Inwieweit sind bei den Leistungen für die öffentlichen Toilettenanlagen für 2026 und 2027 die Standorte mit vielfältigen Problemlagen (Fremdnutzung, besondere Verschmutzung etc.) und ihre besondere Reinigung/Wartung mit abgedeckt und mit welchen Maßnahmen? Bitte auch um Auflistung der Standorte, die in diese Kategorie fallen.

Differenz zwischen Ist 2024 und Ansätze 26/27. Kann mit dem Ansatz der Betrieb der bestehenden Toilettenanlagen vollständig aufrechterhalten werden? Wie viele feste Toilettenanlagen und wie viele autarke Toilettenanlagen gibt es derzeit im Stadtgebiet? Mit welchen durchschnittlichen Unterhaltskosten pro Toilettenanlage ist zu rechnen? In welcher Höhe sind im vergangenen Jahr Kosten durch Vandalismuschäden an Toilettenanlagen entstanden? Mit welchen durchschnittlichen Anschaffungskosten ist bei einer autarken und bei einer nicht-autarken Toilettenanlage zu

kalkulieren? Wie viele Toilettenanlagen wurden im vergangenen Jahr an andere, als notwendig eingestufte Standorte umgesetzt?“

Linda Vierecke (SPD) teilt mit, dass die umfangreiche Frage schriftlich beantwortet werden solle. Vorab solle erläutert werden, ob der Ansatz im Titel den Bau weiterer öffentlicher Toilettenanlagen ermögliche.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass der wünschenswerte Ausbau aufgrund der Haushaltslage nicht möglich sei.

Dr. Jürgen Krafczyk (SenMVKU) merkt an, dass Berlin mit 500 öffentlich nutzbaren Toiletten bereits ein gutes Angebot habe. 324 davon seien in Zusammenarbeit mit der Wall GmbH entstanden.

Benedikt Lux (GRÜNE) wirft ein, dass abgeleitet von den tatsächlichen Bedürfnissen der Bürger/-innen mindestens 5 000 öffentliche Toiletten nötig seien. Andere Metropolen öffneten auch die Toiletten der öffentlichen Gebäude. Es sei wünschenswert, wenn dieses Ziel weiter verfolgt werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Umwelt- und Klimaschutzpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz –

Titelübergreifende Fragen

Frage Nr. 78, Fraktion Die Linke

„Welche Förderanträge hat der Senat 2024 und 2025 im Rahmen von KfW 444 Natürlicher Klimaschutz in Kommunen: Natürliche Bodenfunktionen wiederherstellen, Grünflächen schaffen und Artenvielfalt fördern / Modul C und D.2 gestellt?

Bitte pro Antragstellung, Empfänger*innen der Mittel zu Art und Lage der Fläche, Quadratmeter sowie Maßnahmenbeschreibung auflisten.

Aus welchen Titeln erfolgte die Finanzierung der Maßnahmen?“

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet, dass die Frage allgemeiner erläutern solle, welche Förderanträge im Bereich natürlicher Klimaschutz gestellt worden seien.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ bittet, die Erweiterung schriftlich nachzureichen. Die Frage werde schriftlich beantwortet.

Frage Nr. 80, Fraktion Die Linke

„Wo sind Mittel welcher Höhe für welche Maßnahmen zur Umsetzung zwingender bundesgesetzlicher Vorgaben für die Klimaanpassung etatisiert? Welche Maßnahmen mit welchen Mittelansätzen sind jeweils für die Aufstellung von Klimaanpas-

sungsstrategien und Klimarisikoanalysen sowie die Erarbeitung und Umsetzung eines geeigneten Maßnahmenplans zur Klimaresilienz mit jeweils welcher Zeitplanung vorgesehen?

Welche Maßnahmen zur Umsetzung der Wärmeplanung mit welchen Mittelansätzen aus welchen Titeln sind vorgesehen?

Wo sind Mittel welcher Höhe für die Umsetzung des Klimaschutzprogramms nach §4 EWG Bln etatisiert?

Wo sind Mittel welcher Höhe für die Weiterentwicklung des Klimaschutzprogramms nach §4 EWG Bln etatisiert? Wie, mit welcher Zeitplanung und mit welchen Mitteln wird die Aufstellung des nächsten BEK vorbereitet?

Wo sind Mittel welcher Höhe für welche Maßnahmen zur Verbesserung des Maßnahmen-Monitorings und den Aufbau einer konsequenten Klimagovernance etatisiert?“

Franziska Leschewitz (LINKE) teilt mit, dass eine Ergänzung nachgereicht worden sei:

„In welchem Einnahmetitel stehen die EU-Fördermittel von Horizont Europa aus dem Arbeitsprogramm 2025 oder aus früheren Förderjahren, wofür in 2025 die Fördersumme von 233,65 Mio. € bereitgestellt wird, um Städte, Küsten, Flüsse und Meere bei der Bewältigung der Herausforderungen durch Klimawandel und Umweltverschmutzung zu unterstützen?“

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ merkt an, dass die Ergänzung noch nicht in der Synopse enthalten sei. Die Frage solle daher schriftlich nachgereicht werden. – Die Frage werde schriftlich beantwortet.

Titel 11149 – Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Umweltschutz –

Frage Nr.84 a , Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Auf welcher Grundlage werden die geschätzten Einnahmen errechnet, da hier eine Abweichung zwischen Ist 24 und den Ansätzen vorliegt?“

Frage Nr. 84 b, Fraktion Die Linke

„Bitte Differenz von Ist 2024 zu den erheblich niedrigeren Ansätzen erläutern.“

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert zur Differenz, dass es 2024 erhebliche Mehreinnahmen aus umfassenden Genehmigungsvorhaben, etwa Notstromaggregate für Rechenzentren, gegeben habe. Das sei 2026/2027 nicht zu erwarten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage abgeschlossen sei.

Titel 11201 – Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder –

Frage Nr. 85, Fraktion Die Linke

„Bitte Differenz von Ist 2024 zu den erheblich niedrigeren Ansätzen erläutern.“

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet, die Frage mündlich zu beantworten.

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass sich der Titel auf die untergesetzlichen Regelwerke zum Kreislaufwirtschaftsgesetz beziehe. Die Grundlage der Ansätze seien die bisherigen Einnahmen. Es werde zusätzlich von einer erhöhten Vollzugstätigkeit und zusätzlichen Rechtsgebieten ausgegangen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage abgeschlossen sei.

Maßnahmengruppe 03

Titel 34697 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für Investitionen (Förderperiode 2021-2027) –

Frage Nr. 88 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Wie ist die Reduzierung der Mittel zu begründen? Welche konkreten Auswirkungen ergeben sich daraus für einzelne Infrastrukturmaßnahmen? In welcher Höhe fallen Fördermittel weg, und welche Drittmittel können dadurch für Berlin nicht mehr genutzt werden?“

Frage Nr. 88 b, Fraktion Die Linke

„Bitte schriftlichen Bericht zu Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) BENE 2.“

Frage Nr. 88 c, Fraktion Die Linke

„Aus welchen Gründen gehen die Mitteleinnahmen so stark zurück?“

Linda Vierecke (SPD) bittet, die massiven Kürzungen im Förderprogramm BENE zu begründen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass gekürzt worden sei, um eine funktionierende Stadt sicherzustellen und um über den Klimapakt wirkungsvolle Klimamaßnahmen zu finanzieren.

Dr. Michael Efler (LINKE) bezweifelt, dass Kürzungen im BENE-Programm sinnvoll seien. Dadurch gingen EU-Fördermittel verloren.

Benedikt Lux (GRÜNE) kritisiert, dass die Kürzungen eine unwirtschaftliche Entscheidung seien und spürbare Konsequenzen für die Berliner Stadtgesellschaft haben würden. Durch die Kürzungen in den Förderprogrammen BENE und dem BEK verliere Berlin einen finanziellen Hebel von 40 Prozent Rendite pro investierten Euro. Er könne nicht nachvollziehen, wie die Investitionen über den Klimapakt eine ähnliche Rendite erbringen könnten. Warum sei ge-

kürzt worden? – Die Kürzungen hätten auch massive Auswirkungen auf Träger, deren bereits zugesagte Projekte möglicherweise abgebrochen werden müssten. Auch deshalb seien die Kürzungen keine wirtschaftliche Entscheidung, weil dies zu Schadensersatzforderungen führen könne. Mit dem Wegfall der Anträge sei es auch für die Opposition kaum mehr möglich nachzuvollziehen, was eigentlich möglich wäre. – Insgesamt drücke sich die Senatorin vor einer Beantwortung der Fragen. Der Haushalt sei kein Konsolidieren, Investieren und Reformieren, sondern ein Kürzen, Kapitulieren und Kollabieren vor den Aufgaben. Eine funktionierende Stadt brauche auch eine intakte und funktionierende Umwelt.

Linda Vierecke (SPD) stimmt zu, dass die Kürzungen marktwirtschaftlich nicht nachvollziehbar seien. Die Möglichkeit der EU-Fördermittel müsse genutzt werden. Es müsse erläutert werden, welche Summe an Drittmitteln dem Land entgingen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) stellt klar, dass bereits zugesagte Anträge finanziert würden und keine Schadensersatzforderungen zu erwarten seien. Die Frage der Abgeordneten Vierecke werde schriftlich beantwortet.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Maßnahmengruppe 03

Titel 38103 – Verrechnungen von kommunalen Anteilen an Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Förderung –

Frage Nr. 89, Fraktion Die Linke

„Warum fällt der Titel weg?“

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet, dass die Frage mündlich beantwortet werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 90, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Wie erklärt sich die Steigerung der Bezüge um über 25 % zu 2025?“

Kommt es zu Personalzuwachs? Wenn ja, in welchem Bereich?“

und

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 91, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Wie erklärt sich die Steigerung der Entgelte um über 35 % zu 2025?“

Kommt es zu Personalzuwachs? Wenn ja, in welchem Bereich?“

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass dies auf den bereits erläuterten Wechsel des Referats Klimaschutz in die Abteilung I zurückgehe.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen abgeschlossen seien.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Frage Nr. 104 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Nr. 1 Wie hoch ist der Betrag, der pro Antrag für Schallschutzfenster genehmigt wird? Wie viele Anträge wurden insgesamt gestellt, wie viele genehmigt und wie viele abgelehnt? Wie viele Personen sind antragsberechtigt?

Nr. 2 Wer beteiligt sich am Mehrweg-System und wie funktioniert es konkret? Wie sieht die Evaluierung aus und wie läuft der Prozess ab?

Nr. 3 Welche Projekte werden eingestellt? Bleiben die dafür vorgesehenen Stellen erhalten? Wie ist die weitere Entwicklung des Reparaturnetzwerks einzuschätzen und wie wird sichergestellt, dass in allen Bezirken entsprechende Angebote vorhanden sind? Welche Gründe führen zur Reduzierung des Titels? Bitte eine Übersicht mit allen Einzelmaßnahmen und jeweiligen Finanzvolumen.

Nr. 4 Hat sich das Konzept des zirkulären Bauens in der Praxis bewährt oder steht es vor dem Scheitern?

Nr. 5 Wurde das Programm aus Sicht der Verwaltung als Erfolg bewertet? Warum streicht der Senat sein erfolgreichstes Projekt? Wie unterstützt der Senat künftig das Thema Reparatur? Bitte Nachweis an Haushaltstitel und Finanzvolumen. Welche Veränderungen wären erforderlich, um die Wirksamkeit zu verbessern? Haben alle sozialen Gruppen in gleicher Weise Zugang gehabt und Anträge gestellt?“

Frage Nr. 104 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Bitte um einen Bericht zur Erklärung der Reduktion des Haushaltstitels.

Nr. 2: Welche konkreten Maßnahmen wurden bisher umgesetzt?

Wie bewertet der Senat deren Wirkung?

Welche Maßnahmen sollen künftig aus dem Haushaltstitel finanziert werden?

An welche Mehrwegsysteme sind die 80.650 Euro in 2024 geflossen?

Wann wird ein einheitliches berlinweites Mehrwegsystem eingeführt?

Nr. 3: Welche konkreten Maßnahmen wurden 2024 bzw. 2025 umgesetzt?

Womit ist die starke Mittelabsenkung begründet?

Welche Maßnahmen fallen weg?

Welche Aktivitäten der Zero-Waste-Strategie sind bereits abschließend umgesetzt, welche müssen fortgesetzt und weiter finanziert werden?

Wie sollen nach dem absehbaren Verfehlen der Zwischenziele für 2025 die in der Zero Waste-Strategie 2020-2030 definierten Müllreduzierungsziele trotz Kürzungen dennoch erreicht werden?

Nr. 4: Aus welchen Gründen fallen die Maßnahmen weg?

Nr. 5: Wie wurden die Haushaltsmittel verausgabt? Ist eine

Streichung des Programms nach aufwändiger Anfangsinvestition in die technische Infrastruktur für den Reparatur-Bonus haushalts- und umweltpolitisch vertretbar?

Wie verhindert der Senat, dass die durch den Reparatur-Bonus entstandenen Anreize nach dem Auslaufen verpuffen?

Welche langfristigen Effekte (Reparaturkultur, Handwerk, CO₂-Reduktion) gehen durch den Abbruch verloren? Welche Lerneffekte zieht der Senat aus der Pilotphase und wie fließen diese in künftige Fördermaßnahmen ein? Wird die Evaluation der Pilotphase veröffentlicht – und wie erklärt der Senat eine Streichung trotz möglicher positiver Ergebnisse?

Werden 2026/2027 keine Mittel aus dem Innovationsförderfonds für die Zero-Waste-Agentur und die Koordinierungsstelle für Klimaschutz und Circular Economy Agentur bereitgestellt? Plant der Senat, die Finanzierung über andere Haushaltstitel oder externe Förderprogramme abzudecken – und wenn ja, über welche konkret?“

Frage Nr. 104 c, Fraktion Die Linke

„Zu allen: welche Maßnahmen fallen weg? Aus welchen Gründen?

Zu 3.: Aus welchen Gründen werden die Zuschüsse zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie, Ressourcenschonung und Aufbau eines Reparaturnetzwerkes nicht aufgestockt, stattdessen abgesenkt?

Zu 4.: Warum werden die Zuschüsse für Projekte im Bereich Zirkuläres Bauen gestrichen, obwohl Zirkuläres Bauen an Bedeutung gewinnt? Auch in Titel 54010 Nr. 24 wird der Teilansatz „Ressourcenschonung und zirkuläres Bauen“ erheblich reduziert. Welcher Betrag steht nun dem zirkulären Bauen tatsächlich zu?

Zu 5.: Warum entfallen die Zuschüsse zur Einführung eines Reparatur-Bonus? Der Reparatur-Bonus ist erfolgreich eingeführt worden. Wird er künftig an anderer Stelle finanziert?

Bitte um eine Übersicht der Nutzung des Reparatur-Bonus in den Jahren 2024 und 2025 in Berlin nach den einzelnen Bezirken, inklusive Anzahl der durchgeführten

Reparaturen, Höhe der einzelnen Kosten pro Reparatur, reduzierte Abfallmengen durch Reparatur statt Neukauf, vermiedene CO₂-Emissionen durch Verlängerung der Lebensdauer von Geräten bzw. Einsparungen bei Rohstoffverbrauch und Energie durch vermiedene Produktion neuer Geräte.“

Frage Nr. 104 d, AfD-Fraktion

„Zu 3. „Zuschüsse zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie, Ressourcenschonung und Aufbau eines Reparaturnetzwerkes“

sowie zu 5. „Zuschüsse zur Einführung eines Reparatur-Bonus“:

Die Zuschüsse zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie, Ressourcenschonung und Aufbau eines Reparaturnetzwerkes verringern sich in den Jahren 2026 und 2027 mit jeweils 570.000 € auf 330.000 € im Verhältnis zu 2025 (900.000 €). Welche Institutionen erhalten für welche Vorhaben weniger Zuschüsse und in welcher Höhe genau? Fallen neben den Zuschüssen für den Reparatur-Bonus auch andere Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland vollumfänglich weg? Wenn ja, für welche Zwecke?“

Linda Vierecke (SPD) bittet um Erläuterung, wie der Senat das Thema Reparatur und Kreislaufwirtschaft ohne den ReparaturBONUS stärken wolle. Dieser sei erfolgreich angelaufen und habe den Bürgern/Bürgerinnen den Zugang zur Kreislaufwirtschaft erleichtert. – Die Frage der Koalition solle schriftlich beantwortet werden.

Franziska Leschewitz (LINKE) stimmt zu, dass der ReparaturBONUS ein gutes Projekt gewesen sei. Die Frage ihrer Fraktion solle schriftlich beantwortet werden.

Benedikt Lux (GRÜNE) argumentiert, dass die CDU hier politisch taktierend vorgehe. Der ReparaturBONUS werde wahrscheinlich von der SPD-Fraktion wieder reinverhandelt, aber um den Preis, dass viele andere Kürzungen im Umweltbereich bestehen blieben. Der ReparaturBONUS sei eines von den Projekten, die vom CDU-Abgeordneten Goiny in der 70. Plenarsitzung als aufgeblähte Projekte, deren Kürzungen nicht auffallen würden, da sie nichts erreicht hätten, bezeichnet worden seien. Möglicherweise werde der Bonus keine echte Wirkung erzielen. Es sei gut, wenn er gerettet werde, aber es könne im Umweltbereich noch mehr erreicht werden.

Linda Vierecke (SPD) bemängelt, dass der Abgeordnete Lux sich die Äußerungen des CDU-Abgeordneten zu eigen mache und weise zurück, dass der ReparaturBONUS nichts erreicht habe. Angesichts der massiven Kürzungen im Umweltbereich sei die Summe des ReparaturBONUS nicht entscheidend. Für sie sei Kreislaufwirtschaft und die Vermittlung in der Öffentlichkeit, warum diese sinnvoll sei, Teil einer funktionierenden Stadt. Der ReparaturBONUS sei ein mutiger Schritt der Koalition gewesen, und sie werde sich weiter dafür einsetzen.

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass sich der Senat mit der Entwicklung einer Kreislaufwirtschaftsstrategie mit Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft einsetze. Die Entwicklung sei im September 2025 gestartet. Mit Wirtschaftsakteuren werde über das Thema Reparaturmöglichkeiten gesprochen. 2024 sei das Reparaturnetzwerk repami aufgebaut worden, das ein

Beitrag zur Müllreduzierung und damit zur Kreislaufwirtschaft sei. Aktuell gebe es Gespräche mit Akteuren wie der BSR und die Handwerkskammer Berlin.

Danny Freymark (CDU) unterstreicht, dass im Bereich Kreislaufwirtschaft mehr geleistet werden müsse. Die Zero-Waste-Agentur müsse gestärkt und Reparaturnetzwerke und -cafés in allen Bezirken aufgebaut werden. In Zusammenarbeit mit der BSR und einzelplanübergreifendem Finanzierungen könne mehr ermöglicht werden. – Er danke der Verwaltung für die Umsetzung des ReparaturBONUS, der gut funktioniert habe, was durch die Haushaltslage aber beschränkt werde.

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt nach, ob die SenMVKU zur von seiner Fraktion befürworteten Verpackungssteuer Studien erstellt habe, welchen Einfluss eine solche Steuer auf die Müllvermeidung und die Einnahmen hätte. Sei es gegebenenfalls möglich, eine solche Studie aufzusetzen? Die Frage werde schriftlich nachgereicht. – Grundsätzlich sei mehr Kreislaufwirtschaft gut, aber die Zukunft des ReparaturBONUS müsse in Koalition klären.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) weist hin, dass die Haltung der Senatsverwaltung zur Verpackungssteuer bereits in der 42. Ausschusssitzung dargelegt worden sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Titel 68579 – Mitgliedsbeiträge –

Frage Nr. 105 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Nr. 2: Welche Aktivitäten wurden im Rahmen des Klimabündnisses unternommen?“

Frage Nr. 105 b, Fraktion Die Linke

„Bitte um Bericht zu den Aktivitäten des Klimabündnisses.“

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass das Berliner Klimabündnis e.V. als Schwerpunkt die Vernetzung von Städten und Kommunen beim Klimaschutz habe. Dabei würden Konferenzen, Webinare und weiteres veranstaltet, an denen die Verwaltung teilnehme. Im Februar 2026 finde eine große Konferenz statt. Das Stadtradeln sei Teil der Aktivitäten. Außerdem würden Werkzeuge und Methoden, die im Bündnis erarbeitet würden, genutzt. Der Mitgliedsbeitrag decke das alles ab.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen abgeschlossen seien.

Maßnahmengruppe 01 (neu)

Frage Nr. 106 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Bitte erläutern Sie die Maßnahmengruppe und neu geschaffenen Titel im Haushaltsplan vollständig. Welche konkreten Projekte wurden und werden durch Maßnahmen und Zuschüsse gefördert? Wie ist die Reduzierung der Mittel in der Maß-

nahmengruppe um 13,976 Mio. Euro bzw. 75 Prozent im Jahr 2026 sowie um 15 Mio. Euro bzw. 81 Prozent im Jahr 2027 fachlich zu erklären? Wie sind die CO₂-Einsparungsziele vor dem Hintergrund dieser Ansatzreduzierungen realistisch?

Welche Maßnahmen sind in der Maßnahmengruppe im Jahr 2026 geplant (bitte mit Einzelaufstellung der Maßnahmen mit Finanzvolumen)?

Welche Maßnahmen sind in der Maßnahmengruppe im Jahr 2027 geplant (bitte mit Einzelaufstellung der Maßnahmen mit Finanzvolumen)?“

Frage Nr. 106 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Handelt es sich bei dieser MG um die ehemalige MG mit dem Titel „Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 (BEK

2030)“? Wenn ja, weshalb wurde diese umbenannt? Wenn nein, wo ist das BEK 2030 abgebildet (bitte auch Mittel die in anderen Einzelplänen für das BEK vorgesehen sind auflisten)?

Welche Maßnahmen sind für das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) 2026 bzw. 2027 vorgesehen?

Welche Mittel stehen dafür zur Verfügung?

Welche Maßnahmen sind im Bereich Wärmewende 2026 bzw. 2027 vorgesehen? Welche Mittel stehen dafür zur Verfügung?

Welche Finanzmittel sind in 2026 bzw. 2026 für das BauInfo Berlin vorgesehen? Welche Mittel standen für das BauInfo Berlin in 2025 zur Verfügung? Welche weiteren Informationsangebote zur Umsetzung der Wärmeplanung sind vorgesehen? Welche Mittel stehen dafür zur Verfügung?

Wie viele neue Stellen sind für die Umsetzung vorgesehen, aufgeschlüsselt nach Land und Bezirken? Wie viele Stellen, aufgeschlüsselt nach Land und Bezirken, sind bisher vorhanden und wie viele davon sind unbesetzt?

Welche Maßnahmen sind im Bereich Klimaschutz 2026 bzw. 2027 vorgesehen? Welche Mittel stehen dafür zur Verfügung?

Welche Maßnahmen sind im Bereich Klimaanpassung 2026 bzw. 2027 vorgesehen? Welche Mittel stehen dafür zur Verfügung? Sind hier auch Haushaltsmittel für Sommerdienst für Bäume, Begrünung von Bushaltestellen, verstärktes Gießen der Grünanlagen etc. vorstellbar oder bereits aufgenommen?“

Frage Nr. 106 c, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wie begründet sich der massive Mittelrückgang von 2025 auf 2027 von über 15 Mio. Euro?

Welche politischen Prioritäten spiegelt dies wieder?

Aus welchen konsumtiven und investiven Titeln des Einzelplans 07 werden die Ausgaben der MG 01 in 2026/2027 „im Anwendungsfall“ gedeckt?“

Frage Nr. 106 d, Fraktion Die Linke

„Bitte um Darlegung der Haushaltssystematik in dieser Maßnahmengruppe mit symbolischen Beträgen von je 1.000 € zur Verrechnung und zu den Deckungsfähigkeiten und -berechtigungen.

Wie beabsichtigt der Senat mit den nach der Kürzung der Maßnahmengruppe um 75% verbleibenden Mitteln die Maßnahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms sowie die anderen in den Erläuterungen beschriebenen Maßnahmen umzusetzen?

Was soll mit den Mitteln ganz konkret finanziert werden? Wie wird die Wärmewende insbesondere auch in der Umsetzungsphase der Wärmeplanung unterstützt?

Erhalten die Bezirke weiterhin die Möglichkeit, einen Pauschalbetrag von 200.000 Euro abzurufen?

Bitte um vollständige Auflistung der 2024 und 2025 aus der BEK-Maßnahmengruppe finanzierten Projekte und Maßnahmen sowie ob diese jeweils anderweitig in dem Haushaltsentwurf des Senats abgesichert sind und wenn nicht, wo diese jeweils zu etatisieren wären.

Aus welchen Titeln sollen künftig die Projekte BEK 2.0 – Energie,

BAUinfo und Ernährung & Klima – Bildungsarbeit für Kinder, Jugendliche und Erwachsene finanziert werden?“

Frage Nr. 106 e, AfD-Fraktion

„Bitte für alle Haushaltsstellen mit Klimarelevanz auflisten, welche Projekte mit welchem finanziellen Volumen jeweils gefördert werden sollen, gegliedert nach:

- a) Maßnahmen die der Reduktion von CO₂ – Emissionen dienen sollen, jeweils mit dem Volumen der prognostizierten CO₂-Einsparung
- b) Maßnahmen die erzieherische Wirkung entfalten sollen wie Kinder- und Jugendarbeit, Kampagnen, Förderung von sog. „Nichtregierungsorganisationen“, kurz „NGOs“, Klimarat und dergleichen mehr
- c) Maßnahmen die der Klimaresilienz dienen, also der Anpassung an den Klimawandel und der Verbesserung des Mikroklimas auf Stadtebene

Maßnahmen der sog. „Wärmewende“, jeweils mit möglichem Einsparpotenzial an Kosten für Primärenergieträger.“

Linda Vierecke (SPD) bittet, dass mündlich erläutert werde, welche Auswirkungen die massiven Kürzungen im BEK um bis 81 Prozent in 2027 fachlich hätten. Welche Projekte und

Maßnahmen entfielen? BEK und BENE seien die wichtigsten Programme für den Berliner Klimaschutz.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) bezeichnet es als dramatisch, dass beim BEK so massiv gekürzt werde. Mit der Wärmewende und der Klimaanpassung seien sogar weitere Aufgaben hinzugekommen, wobei keine durch die wenigen Mittel vollständig abgedeckt sei. Der Sammeltitel mache nicht deutlich, wo welche Mittel eingesetzt würden. Daher seien es im BEK-Bereich sogar Kürzungen von über 80 Prozent. – Dass die BAUinfo Berlin wohl ersatzlos weg falle, sei angesichts der anstehenden Wärmeplanung unsinnig. Die Berliner/-innen bräuchten einen Ansprechpartner. Der Sammeltitel müsse detailliert aufgeschlüsselt werden. Daher sollten alle Berichtsanhträge zur Maßnahmengruppe 01 schriftlich beantwortet werden.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) vertritt den Standpunkt, dass die Kürzungen in den Programmen BENE und BEK ein Ignorieren der Folgen der Klimakrise sei. Die Folgen seien gravierender als oft angenommen. Er appelliere daher an die Koalition und die politische Führung der SenMVKU, sich dafür zu engagieren, die Kürzungen zu reduzieren. Ansonsten werde es negative Auswirkungen auch auf Strukturen haben.

Dr. Michael Efler (LINKE) unterstützt, dass die Kürzungen katastrophal seien. Sei überhaupt noch geplant, das BEK umzusetzen? Der Titel reiche für die Aufgaben des BEK, der Wärmewende und der Klimaanpassung nicht aus. Der Verweis auf den Klimapakt sei kein guter Einwand. – Der Mittelabruf beim BEK habe hinter den Erwartungen gelegen, aber die massiven Kürzungen seien falsch, da dies für die Stadtgesellschaft falsch sei. Die Koalition sollten Anpassungen vornehmen.

Frank-Christian Hansel (AfD) begrüßt, dass beim Klimaschutz Realismus einziehe. Die Energiewende und Dekarbonisierung in Berlin seien eine Lüge, verursachten Kosten von fast 5 Milliarden Euro pro Jahr und führten zu hohen Energiepreisen. Das BEK sei nur Symbolpolitik und könne daher gekürzt werden. Der schriftliche Bericht solle darlegen, wie die Mittel aufgeteilt würden. Alle Mittel sollten in die Klimaanpassung fließen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Titel 89236 – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen für Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende –

Frage Nr. 116 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Welche Gründe führen dazu, den Titel auf einen Ansatz von 1.000 Euro zu reduzieren? Welche Maßnahmen wurden in den Jahren 2024 und 2025 mit den verausgabten Mitteln realisiert? Bitte eine Übersicht mit allen Einzelmaßnahmen und jeweiligen Finanzvolumen.“

Frage Nr. 116 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Welche Maßnahmen wurden 2025 finanziert?“

Was ist 2026 bzw. 2027 genau geplant?

Wie wird die Absenkung der Mittel begründet?“

Linda Vierecke (SPD) fragt nach, ob die Unterstützung für Privatunternehmen mit den Kürzungen im BEK beendet werde. Der Klimapakt gelte nur für die landeseigenen Unternehmen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass dies korrekt sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Maßnahmengruppe 02

Titel 68456 – Zuschüsse zur Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres –

Frage Nr. 119 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Wie viele FÖJ-Plätze werden damit ermöglicht? Kann die Anzahl der FÖJ-Plätze in vollem Umfang aufrechterhalten werden? Wie viel Taschengeld bekommen die FÖJler? Welche Auswirkungen haben die Kürzungen in anderen Bereichen des Umweltschutzes (bspw. Stiftung Naturschutz) auf die Verfügbarkeit von FÖJ-Plätzen aus?

Welche rechtlichen Ansprüche haben Freiwillige im FÖJ im Hinblick auf den Unterhalt einer eigenen Wohnung? Aus welchen Quellen bestreiten sie ihren Lebensunterhalt? Wie gestaltet sich das Modell „Wohnen im Elternhaus“ im Vergleich zum Modell der Inanspruchnahme staatlicher Leistungen?“

Frage Nr. 119 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wie hoch ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund unter den FÖJlern?

Wie wird der Schwerpunkt der Integration Jugendlicher mit Migrationshintergrund und der Förderung Jugendlicher mit einfachem oder ohne Bildungsabschluss umgesetzt?

Wie wird sichergestellt, dass es eine sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Durchmischung bei den FÖJlern gibt? Wie wird das FÖJ bei Sekundarschulen beworben?

Wie viele FÖJ-Plätze können in den Jahren 2025/2026, 2026/2027 und 2027/2028 mit den bereitgestellten Mitteln voraussichtlich angeboten werden?“

Frage Nr. 119 c, AfD-Fraktion

„Bitte berichten, wie der Erfolg der Maßnahmen nachgehalten wird, welche wesentlichen Projekte mit Unterstützung von FÖJ-lern durchgeführt wurden, wie die Abrechnung der Zuschüsse erfolgt um sicherzustellen dass die Gelder auch bei den FÖJ-lern ankommen und nur sinnvolle so wie ökologisch nachhaltige Tätigkeiten gefördert werden.“

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) zeigt sich erfreut, dass das FÖJ-Projekt fortgesetzt werde und der Anteil der Teilnehmer mit Migrationshintergrund wachse. Junge Menschen müssten unterstützt werden. Es gebe Forderungen nach einer Taschengelderhöhung. Ihm sei aber wichtig, dass vor allem Jugendliche aus einkommensschwachen Familien unterstützt würden.

Linda Vierecke (SPD) stimmt zu, dass das FÖJ wichtig sei. Es sei ein gutes Zeichen, dass nicht gekürzt, sondern in die Jugend investiert werde. Kürzungen an anderen Stellen gefährdeten aber die FÖJ-Einsatzstellen. Wie könne eine gute Betreuung und das Halten der Stellenanzahl gewährleistet werden?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) unterstreicht, dass es der Senatsverwaltung wichtig gewesen sei, beim FÖJ nicht zu kürzen. Das sei eine Investitionen in die Jugend. Die Fragen würden aufgrund der Breite schriftlich beantwortet.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet werde.

Kapitel 0720 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Integrativer Umweltschutz –

Titel 52104 – Unterhaltung des Grundwasser- und Oberflächenwassermessnetzes –

Frage Nr. 135 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Sind die bestehenden Messnetze ausreichend dimensioniert und entsprechen sie dem aktuellen Stand der Technik?“

Wo genau werden die sogenannten Schrottboote in der Rummelsburger Bucht berücksichtigt, und wie wird mit ihnen umgegangen?“

Danny Freymark (CDU) bittet, dass detaillierter ausgeführt werden solle, ob es ein zukünftiges Konzept zur Verhinderung weiterer Schrottboote gebe und wie weitere bereits gesunkene Boote gehoben werden könnten. Die Konsequenzen bei der Zuständigkeit und der Finanzierung sollten dargestellt werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ bittet, dass die zusätzliche Frage schriftlich nachgereicht werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) weist hin, dass es bereits ein Konzept zum Umgang mit Schrottbooten gebe. Die Zuständigkeiten würden berücksichtigt. Sobald ein Boot gesunken sei, sei der Bund zuständig. Die SenMVKU werde sich weiter dafür einsetzen, die Belastungen zu reduzieren.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Frage Nr. 137 b, Fraktion Die Linke

„Aus welchen Gründen ist der Ansatz nicht an das Ist 2024 angepasst („Weniger in Anpassung an das Ist der Vorjahre“), sondern nur halb so hoch?“

Franziska Leschewitz (LINKE) bittet, dass das mündlich beantwortet werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, dass dies schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 138, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Wie erklären sich die großen Differenzen zwischen dem Ist 24 und den Ansätzen 25, 26, 27?“

Nr. 1 Wie viele Titel zum Bodenschutz und zur Altlastensanierung gibt es und welche Maßnahmen werden in ihnen getroffen?

Nr. 4 Warum wurden die Mittel nicht abgerufen?

Nr. 5: Warum Kürzung, wenn mehr Geld verausgabt wurde? Wer macht dann die Grundwasser-Beprobung, wenn in dem Titel kein Geld mehr veranschlagt ist?

Nr. 7 Warum wurden nur etwas mehr als 50 % der Mittel abgerufen?

Nr. 8 Wofür wird das Geld bzgl. WRRL -Umsetzung genutzt? Warum sind die Mittel gekürzt worden? Wie wird sichergestellt, dass mit den Mitteln auch alle ausstehenden Gewässerentwicklungskonzepte mit Beteiligungswerkstätten bis 2026 erarbeitet werden?

Warum wurde nur etwas mehr als 1/3 der Mittel verausgabt?

Nr. 11 Warum wurden ca. 96 % der Mittel nicht abgerufen?

Nr. 12 Werden die Pilotprojekte zum lokalen Grundwassermanagement nun an anderer Stelle fortgeführt oder nachgewiesen? Wie soll das Grundwasser künftig in Berlin bewirtschaftet werden? Mit welchen Kosten ist dabei zu rechnen, und auf welche Weise werden die betroffenen Akteure unterstützt? Warum setzt der Senat den Punkt auf 0, wo doch das IST bei 220T liegt?

Nr. 13 Werden die dort eingestellten Mittel unter Berücksichtigung des Ist 24 als ausreichend erachtet für die Umsetzung?

Nr. 14 Blue Community gestrichen

Was bedeutet das für die Zukunft von Blue Community? Warum war der Mittelabfluss so niedrig? Warum Kürzung der Maßnahmen der Blue Community? Wie kommt Berlin seiner Verantwortung nach, Blue Community zu sein?

Nr. 15 Weniger Ist als eingestellte Mittel

Wie wird eine angemessene Vorsorge gegen Starkregenrisiken gewährleistet? Welche konkreten Projekte zur Starkregenrisikovorsorge werden derzeit umgesetzt?

Nr. 16 Warum Reduzierung des Teilansatzes?

Nr. 17 Werden die dort eingestellten Mittel als ausreichend erachtet für die Umsetzung? Warum Reduzierung des Teilansatzes?

Nr. 18 Werden die dort eingestellten Mittel als ausreichend erachtet für die Umsetzung? Was verbirgt sich hinter Schwammstadt? Warum starke Reduzierung des Titels? In welchen Titeln im Haushalt steckt das Thema Schwammstadt? Bitte um Auflistung Titel und Finanzrahmen.

Nr. 19: Was macht das Sensornetzwerk Klimaanpassung? Warum wird der Betrag von 600T auf 170T reduziert und dann sogar auf 10T reduziert.

Nr. 20 Welche konkreten Maßnahmen sollen umgesetzt bzw. finanziert werden? Wie ist der Umsetzungsstand der Wärmewende und was sind die Zukunftsaussichten? Wie wird konkret sichergestellt, dass im Rahmen der Arbeiten zur Wärmewende auch Anforderungen und Anliegen des Gewässer- und Naturschutzes hinreichend eingehalten werden (z.B. Schutz der Grundwasserökosysteme vor Überwärmung)? Wie genau stellt sich der Ansatz 26/27 zusammen? Wofür ist das Geld?

Nr. 21 Warum wurden die Mittel in so geringem Umfang abgerufen? Was ist 2026 damit geplant? Wie genau stellt sich der Ansatz 26/27 zusammen?

Nr. 22: Was ist unter fachliche Grundlagen für die Wärmewende gefasst? Warum Reduzierung des Titels?“

Olaf Schenk (CDU) fragt zum Teilansatz 12, Verstetigung und Ausweitung von Pilotprojekten zum lokalen Grundwassermanagement, ob die bislang eingestellten 2,7 Mio. Euro nun in anderen Titeln veranschlagt seien. Es gebe noch Gebiete mit Machbarkeitsstudien der BWB, wie dort das Grundwassermanagement durchgeführt werden könne.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) erläutert, dass die BWB die Machbarkeitsstudie zur Nutzung des geförderten Grundwassers aus der Hebeanlage im Blumenviertel nach Johannisthal im Rahmen der Planungen für das neue Wasserwerk finanzierten. Die SenMVKU habe vorgeschlagen, das geförderte Grundwasser zur Verbesserung und Stützung der Qualität des Wassers in Johannisthal zu nutzen, weil Johannisthal durch Altlasten belastet sei.

Olaf Schenk (CDU) bittet um Klarstellung, dass die Mittel also aus dem Haushalt vollständig rausgenommen worden seien.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bestätigt dies.

Linda Vierecke (SPD) fragt, warum die Mittel für den Teilansatz 14, Blue Community, gekürzt worden seien.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) antwortet, dass die Blue Community im Bereich des Masterplans Wasser mit umfangreichen Maßnahmen fortgesetzt werde. Der Teilansatz 14 sei für kleinere Maßnahmen in der Stadtgesellschaft gedacht gewesen. Das könne nicht mehr fortgesetzt werden.

Linda Vierecke (SPD) bittet um Erläuterung, warum die Stadtgesellschaft nicht mehr eingebunden werden solle.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) stellt klar, dass die Stadtgesellschaft weiter eingebunden werde. Laut haushaltstechnischen Vorgaben der LHO sei für Dienstleistungstitel wie diesen aber eine Ausschreibung nötig, was im Widerspruch zu der geplanten freieren Verwendung durch die Initiativen stehe. Die Förderung müsse daher anders aufgesetzt werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die mündlich gestellten Fragen abgeschlossen seien. Die anderen Fragen würden schriftlich beantwortet.

Benedikt Lux (GRÜNE) äußert die Vermutung, dass die Einbindung aus politischen Gründen der CDU-Fraktion nicht erwünscht sei. Dass im Einzelplan selbst Kleinstbeträge für Initiativen gekürzt würden, während andererseits 2,3 Milliarden Euro bereitgestellt würden, erwecke diesen Eindruck. Die Senatorin solle klarstellen, ob die Initiativen nicht finanziert werden könnten oder nicht finanziert werden wollten. Gegebenenfalls werde eine schriftliche Frage zu der Einbindung der Zivilgesellschaft über den ganzen Einzelplan nachgereicht. Wie würde sonst verfahren, wenn zivilgesellschaftliche Akteure finanziert würden? Angesichts der Kürzungen gewannen diese Fragen an Bedeutung.

Linda Vierecke (SPD) kündigt an, dass eine weitere schriftliche Frage eingereicht werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) führt aus, dass die Ziele der Blue Community sauberes Wasser und gesunde Flüsse seien. Das sei die staatliche Aufgabe, die in der zuständigen Abteilung bearbeitet werde. Die Einbindung der Zivilgesellschaft sei auch ein wichtiges Ziel und werde nun im Rahmen der WRRL und des Masterplans Wasser zusammengefasst.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet werde.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Frage Nr. 141 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Nr. 7: Sind die Mittel für die Regenwasseragentur auskömmlich? Auf welcher Berechnungs- und Datengrundlage beruht der Mittelansatz? Warum Kürzungen bei der Regenwasseragentur? Was heißt das für die Regenwasseragentur? Welche Aufgaben fallen weg? Welches Personal fällt weg? Welche Maßnahmen wurden und werden umgesetzt?“

Punkt 8: Aktionsprogramm Trinkwasserbrunnen und -spender

Warum wird der Titel gestrichen? Können neue Brunnen geschaffen werden? Können die bestehenden Brunnen gewartet werden? Bitte um Übersicht an Trinkwasserbrunnen pro Bezirk, Preis pro Brunnen und wann diese errichtet wurden.

Punkt 9: Für Betrieb und Unterhaltung der Landesnotbrunnen

Warum wird der Titel komplett gestrichen? Warum wurden 2025 keine Gelder dafür ausgegeben?

Wie will der Senat im Katastrophenfall die Berliner*innen versorgen ohne Notbrunnen? Wie wird sichergestellt, dass die BWB die erforderlichen Maßnahmen umsetzen und hierfür die erforderlichen Finanzmittel bereithalten? Wie viele Notbrunnen sind bereits Instand gesetzt? Wie viele müssten Instand gesetzt werden. Bitte um Auflistung pro Bezirk.“

Frage Nr. 141 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Nr. 7: Aus welchen Gründen werden die Haushaltsmittel gekürzt? Welche Maßnahmen können aufgrund der Kürzung nicht umgesetzt werden?

Nr. 9: Bitte um einen Bericht: Wie genau wird sichergestellt, dass die Berliner Wasserbetriebe die erforderlichen Maßnahmen umsetzen und hierfür die erforderlichen Finanzmittel bereitstellt? Wie werden weitere wichtige Maßnahmen für Notbrunnen sichergestellt?“

Frage Nr. 141 c, Fraktion Die Linke

„Die Begründung für mehr oder weniger Ausgaben (Kürzungen und Aufstockungen) fehlt – mit Ausnahme von Nr. 8 und 9. Bitte die einzelnen Nummerierungen schriftlich begründen.

Inwieweit sind die Ansätze der einzelnen Nummern auskömmlich und nicht allein haushaltspolitischen Erwägungen geschuldet?

Zu 8. und 9.: Bitte erläutern, wie die Berliner Wasserbetriebe hierfür ermächtigt und befähigt wurden? Aus welchen Mitteln in welcher Höhe soll diese Maßnahme künftig von den Berliner Wasserbetrieben getragen werden? Werden die Maßnahmen aus den Gewinnen der Berliner Wasserbetriebe finanziert?

Zu 8.: Trinkwasserbrunnen und -spender: Wie viele werden neu aufgestellt; gibt es künftig bei Neuaufstellungen nur noch Wasserspender mit Knopfdruckfunktion oder Versickerung? Wie ist die Maßnahme in den Hitzeaktionsplan eingebettet.

Zu 9. (Landesnotbrunnen): Wie wird sichergestellt, dass die BWB die erforderlichen Maßnahmen umsetzt und hierfür die erforderlichen Finanzmittel bereithält? Wie werden weitere wichtige Maßnahmen für Notbrunnen sichergestellt? Sind für den Ausbau des Brunnennetzes in der wachsenden Stadt Gelder bereitgestellt; falls ja, wo? Beteiligt sich der Bund finanziell? Gibt es Geld aus einem Sondervermögen Bund?“

Franziska Leschewitz (LINKE) bittet, dass ein Bericht die Standorte der Trinkwasserspender aufzeige.

Linda Vierecke (SPD) fragt nach, ob die Kürzungen durch die BWB kompensiert werden könnten. Notbrunnen für den Katastrophenschutz und Trinkbrunnen seien wichtig.

Danny Freymark (CDU) teilt mit, dass der Berichtsauftrag der Koalition erweitert werde. Die Fragen, welche technologischen Entwicklungen es gebe, ob überlegt werde, Toilettenstandorten mit Trinkbrunnen zu kombinieren und ob ganzjährig nutzbare Trinkbrunnen geplant seien, sollten erläutert werden. – Grundsätzlich gebe es bei den Trinkbrunnen gute Fortschritte, aber es sei wünschenswert, diese auch im Winter nutzen zu können.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) merkt an, dass Paris Toiletten mit öffentlich zugänglichen Wasserhähnen habe. Alle Bezirke hätten die Förderung des Landes genutzt, daher sei es falsch, hier zu kürzen. Ihm sei wichtig, als Hitzeschutz neben Trinkbrunnen auch offene Wasserflächen und Sprühnebel in der Stadt zu schaffen. Städte wie Paris und Wien seien vorbildlich. – Statt der wichtigen Ressource Trinkwasser sollte Regenwasser für Toilettenspülungen genutzt werden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) führt aus, dass es wahrscheinlich möglich sei, die Trinkwasserspender über die BWB zu finanzieren. Der Trinkwasserversorgungsauftrag der BWB mache dies möglich. Inwiefern die Spender gebührenfähig seien, werde noch geprüft. Bei der Trinkwassernotversorgung mit Schwengelpumpen gebe es noch offene Fragen, da die Situation komplexer sei.

Benedikt Lux (GRÜNE) bittet um Klarstellung, dass es Stand jetzt bei jedem der gekürzten Posten des Titels, Kleingewässer, Gewässergüteprogramm, Trinkwasserspender und Trinkwassernotversorgung, noch offen sei, ob die BWB den Auftrag übernehmen könnten. Insofern seien die Kürzungen bislang ersatzlos gestrichen.

Linda Vierecke (SPD) stellt richtig, dass das Kleingewässerprogramm nicht vollständig entfallen. Von den 4,9 Mio. Euro seien noch 800 000 Euro zur auftragsweisen Bewirtschaftung für die Bezirke im Haushalt enthalten. Gebe es Verhandlungen mit den BWB, das zu ergänzen? Es sei dringend nötig, die Kleingewässer zu stützen, da diese von Trockenheit bedroht seien.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ bittet, neue Fragen vereinbarungsgemäß nachzureichen.

Danny Freymark (CDU) vertritt das Argument, dass es richtig sei, bestehende Konzepte zu pausieren, solange bessere technologische Lösungen geprüft würden. Er habe es nicht so verstanden, dass Trinkbrunnen ersatzlos gekürzt und abgebaut würden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) weist hin, dass die BWB nicht für die Kleingewässer zuständig sein könnten. Auf die Mittel zur auftragsweisen Bewirtschaftung sei hingewiesen worden.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) stellt klar, dass mit den BWB nur über die Übernahme von Kosten von Aufgaben, mit denen die BWB bereits beauftragt seien, gesprochen werde. Das seien die Trinkbrunnen und die Trinkwassernotbrunnen, die im Auftrag von den BWB unterhalten würden, sowie das Gewässergüteprogramm unter Titel 89101 – Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für Gewässergütemaßnahmen für besseren Gewässerschutz –. Mündlich hätten die BWB angezeigt, dass die Kosten des Gewässergüteprogramms sowie der Trinkbrunnen wahrscheinlich übernommen werden könnten. Bei den Trinkwassernotbrunnen gebe es aber noch offene Fragen.

Benedikt Lux (GRÜNE) bittet um Bestätigung, dass geäußert worden sei, dass es mit den BWB nur ein Problem mit den Trinkwassernotbrunnen gebe und nicht mit dem Kleingewässerprogramm, obwohl dieses um 80 Prozent gekürzt worden sei.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) macht deutlich, dass es keine Verhandlungen über das Kleingewässerprogramm mit den BWB gebe.

Franziska Leschewitz (LINKE) fragt nach, wie die BWB diese neuen Aufgaben finanzieren könnten.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) stellt klar, dass diese Aufgaben bereits gesetzlich an die BWB übertragen seien. Wenn gesetzliche Aufgaben gebührenfähig seien, müssten diese über die Gebühreneinnahmen finanziert werden.

Franziska Leschewitz (LINKE) wiederholt, dass die BWB mit zusätzlichen Ausgaben auch zusätzliche Mittel bräuchten. Wie könne dies ermöglicht werden?

Linda Vierecke (SPD) fragt nach, ob das Kleingewässerprogramm mit 800 000 Euro im Haushalt ausreichend ausgestattet sei.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass die Aufgaben der BSR, der Stadtreinigung und der BWB im Berliner Betriebe-Gesetz geregelt seien. Die Stadtreinigung und BWB seien über Gebühren finanziert. Wenn eine Aufgabe an diese Unternehmen übertragen worden sei, werde diese über die kalkulatorische Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals über diesen Kalkulationsposten über die Gebühren vergütet. – Es sei korrekt, dass den Bezirken die 800 000 Euro zur auftragsweisen Bewirtschaftung der Kleingewässer zur Verfügung stünden.

Franziska Leschewitz (LINKE) fasst zusammen, dass zusätzlich gesetzlich übertragene Aufgaben über Gebührenerhöhungen von den Verbrauchern finanziert würden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bittet, die Frage schriftlich einzureichen, um die Finanzierung der BWB schriftlich darstellen zu können.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Kapitel 0721 – Fischereiamt –

Titel 11139 – Fischereiabgabe –

Frage Nr. 148, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Wie haben sich die Kosten in den vergangenen Jahren entwickelt? Wie hoch liegt die Abgabe pro Angler? Inwieweit wird der Verwaltungsaufwand für die regelmäßige Neuausstellung des Fischereischeins eingeschätzt?“

Danny Freymark (CDU) bittet, dass die Frage mündlich beantwortet werde.

Jens Puchmüller (Fischereiamt) antwortet, dass die Fischereiabgabe seit 2002 21 Euro betrage. In der Zeit hätten sich die Personalkosten erhöht. Die Druckkosten seien um 30 Prozent gestiegen. Der Verwaltungsaufwand sei konstant.

Danny Freymark (CDU) bittet um Erläuterung, warum der Fischereischein nach fünf Jahren ablaufe. Erhöhe das den Verwaltungsaufwand? Welche Vorteile habe dieses Verfahren?

Jens Puchmüller (Fischereiamt) erläutert, dass im Zuge der Digitalisierung der Verfahren auch geprüft werde, den Schein lebenslang zu erteilen.

Danny Freymark (CDU) kündigt an, dass er im Nachgang dazu Kontakt aufnehmen werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage abgeschlossen sei.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Frage Nr. 149, Fraktion Die Linke

„Warum soll der Bedarf in 2027 deutlich ansteigen?“

Franziska Leschewitz (LINKE) teilt mit, dass die Frage mündlich beantwortet werden könne.

Jens Puchmüller (Fischereiamt) erläutert, dass der Anstieg auf die Beschaffung von rund 10 000 Fischereischeinvordrucken zurückgehe. Diese würden alle zwei Jahre beschafft. Eine geringere Anzahl sei unwirtschaftlich.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage abgeschlossen sei.

**Kapitel 0740 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
– Tiefbau –**

Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben –

Frage Nr. 150 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Sind die Preissteigerungen bei Strom und Gas tatsächlich so hoch, und wodurch sind sie im Einzelnen verursacht?“

Frage Nr. 150 c, Fraktion Die Linke

„Welche Entwicklung der Strom- und Gaspreise wird dem deutlich steigenden Ansatz zu Bewirtschaftungsausgaben zugrunde gelegt?

Warum die deutliche Erhöhung der Strompreise in 2026 und 2027?“

Franziska Leschewitz (LINKE) bittet, dass die Frage ihrer Fraktion mündlich beantwortet werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) schlägt vor, die Fragen 150 a und c mündlich zu beantworten.

Katrin Vietzke (SenMVKU) erläutert, dass unter dem Titel die Energiekosten für Strom und Gas, insbesondere für die öffentliche Beleuchtung, finanziert würden. In Berlin würden die Energiebedarfe des Landes über die Energiewirtschaftsstelle beschafft. Die erwarteten Kosten basierten auf Berechnungen der Energiewirtschaftsstelle. Die Kostensteigerungen im Titel gingen auf den Wegfall der bislang separat veranschlagten und genutzten Energierücklage, die im Haushalt 2026/2027 nicht mehr vorgesehen sei, zurück. Daher werde dezentral in diesem Titel die Vorsorge getroffen, die Energiekosten vollumfänglich selbst zu finanzieren.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen 150 a und c abgeschlossen seien.

Titel 54040 – Bauvorbereitungsmittel –

Frage Nr. 154 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Wie wird sichergestellt, dass bei dem Uferneubau die Anforderungen der WRRL eingehalten werden?“

Frage Nr. 154 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wie wird sichergestellt, dass bei dem Uferneubau die Anforderungen der WRRL eingehalten werden?“

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, wie gewährleistet sei, dass beim Uferneubau die Anforderungen der WRRL eingehalten würden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bittet, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden sollten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Titel 72014 – Neubau von elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen –

Frage Nr. 156 b, Fraktion Die Linke

„Wie viele Gasleuchten wurden von den Mitteln in den Jahren 2024 und 2025 umgerüstet und wie viele sollen in den Jahren 2026 und 2027 aus diesem Titel und aus 2980/72014 ersetzt bzw. umgerüstet werden?“

Lässt sich das seitens der ausführenden Firmen auch umsetzen? Wie ist der Zeitplan bis zum Abschluss der Umstellung der Gasleuchten auf LED?“

Linda Vierecke (SPD) kündigt an, dass ihre Fraktion eine Frage nachreichen werde.

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet um Auskunft, ob das Ziel der Umrüstung in diesem Zeitraum realistisch sei. Der Aufwuchs in einem klimaschutzrelevanten Bereich sei erfreulich. Im Einzelplan 7 und Einzelplan 29 seien insgesamt 25 Mio. Euro für Umrüstung bereitgestellt worden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bestätigt, dass die Umrüstung ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz sei.

Katrin Vietzke (SenMVKU) erläutert, dass im Sondervermögen 20 Mio. Euro und im regulären Titel 5 Mio. Euro veranschlagt seien. Die Mittel seien aber nicht nur für die Umrüstung der Gasleuchten vorgesehen. Es gebe einen Instandhaltungsrückstau bei der Beleuchtung. Beispielsweise müssten Masten, die schon 50 Jahre alt seien, ersetzt werden. Bei der Umrüstung von Gasleuchten könnten pro Jahr circa 1 500 Leuchten umgerüstet werden. Diese Zahl sei auch für 2026/2027 realistisch.

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet um Klarstellung, dass sich die Zahl der Umrüstung von Gasleuchten also nicht erhöhe. Bis wann sei die Umrüstung abgeschlossen?

Danny Freymark (CDU) greift auf, dass eine Nachfrage seinerseits ergeben habe, dass der Sanierungsstau im März 2025 350 Mio. Euro betragen habe. Könnten mit einem Contracting-Modell die Ausgaben reduziert werden?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Naturschutz und Stadtgrün –

Titelübergreifende Fragen

Frage Nr. 163, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Gibt es bei der Grün Berlin einen Betriebsrat? Wenn nein, warum nicht?“

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) schlägt vor, für alle Fragen die Grün Berlin GmbH betreffend einen gemeinsamen schriftlichen Bericht zu erstellen.

Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –

Frage Nr. 170 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Warum erwartet der Senat so geringe Einnahmen durch die Stadtbaumkampagne, wo doch das Ist für 2024 deutlich höher liegt? Plant der Senat eine Öffentlichkeitskampagne, um die Einnahmen durch die Stadtbaumkampagne zu erhöhen?

Welche weiteren Spendenkampagnen plant der Senat, um die Einnahmen für Grün in der Stadt zu erhöhen?

Bitte Bericht über die Einnahmen durch die Stadtbaumkampagne im HH 2024/25 mit Informationen Summe und Spender*innen.“

Linda Vierecke (SPD) bittet um Auskunft, wie der Senat die Einnahmen für die Stadtbaumkampagne verbessern könne. Die Frage 170 a könne schriftlich beantwortet werden.

Klaus Wichert (SenMVKU) antwortet, dass der Titel auf einer konservativen Schätzung basiere. Sollten mehr Mittel eingenommen würden, würden diese eingesetzt.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Titel 52140 – Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege –

Frage Nr. 178 c, Fraktion Die Linke

„Warum trotz WVO geringere Ansätze? Ist dies rein haushaltspolitisch motiviert? Bitte Teilansätze für 1. bis 6. darstellen.“

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ schlägt vor, die Fragen unter der lfd. Nr. 178 a, b und c schriftlich zu beantworten.

Franziska Leschewitz (LINKE) teilt mit, dass dies in Ordnung sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Titel 52602 – Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen –

Frage Nr. 180 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Punkt 4: Welche Aufgaben übernehmen die ehrenamtlichen Wildwächter? Warum erhöht sich die Aufwandsentschädigung um das doppelte in diesem Titel? Bitte um Auflistung von Anzahl von Einsätzen im HH 24/25.

Punkt 5: Warum hat der Gestaltungsbeirat Öffentliche Räume im HH 24/25 keine Gelder abgerufen? Hat der Beirat getagt? Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?“

Frage Nr. 180 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wie erklärt sich der Wegfall der Haushaltsmittel für die lfd. Nr. 5 Gestaltungsbeirat Öffentliche Räume Berlin?“

Frage Nr. 180 c, Fraktion Die Linke

„Warum Gestaltungsbeirat Öffentliche Räume Berlin mit Null € Ansatz?“

Klaus Wichert (SenMVKU) antwortet, dass die Grün Berlin GmbH mittlerweile die Geschäftsstellenfunktion des Gestaltungsbeirats übernommen habe. – Der Gestaltungsbeirat tage einmal pro Quartal. Sollten im Einzelplan 07 keine Mittel abgeflossen sein, gehe das darauf zurück, dass SenStadt die Kosten übernommen habe.

Linda Vierecke (SPD) bittet, dass die Frage 180 a weiterhin schriftlich beantwortet werde, um auch die Ergebnisse darstellen zu können.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen 180 b und c abgeschlossen seien. Die Frage 180 a werde schriftlich beantwortet.

Titel 52612 – Uferwegekonzept –

Frage Nr. 181 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wieso streicht der Senat das Uferwegekonzept?“

Welche Folgen hat dies für den Berliner Uferschutz, auf Tiere, die auf naturnahe Ufer als Lebensräume angewiesen sind sowie auf die Naherholung für Menschen?

Wie beeinflusst der Wegfall der finanziellen Förderung des Projektes „die Umgestaltung des Halleschen Ufers“ den Haushalt in diesem Bereich?“

June Tomiak (GRÜNE) bittet, dass kurz ausgeführt werde, warum die Mittel für das Uferwegekonzept gekürzt worden seien.

Klaus Wichert (SenMVKU) antwortet, dass Ende 2025 die konzeptionellen Arbeiten abgeschlossen seien. Die Umsetzung sei aber aktuell noch ungeklärt. Die Zuständigkeiten zwischen Bezirk und Land müssten noch geklärt werden. Außerdem müssten Mittel für die Umsetzung bereitgestellt werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Titel 53121 – Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen –

Frage Nr. 182 c, Fraktion Die Linke

„Warum ist der Ansatz im Vergleich zu 2025 drastisch gesunken?“

Franziska Leschewitz (LINKE) teilt mit, dass es ausreiche, wenn die Frage mündlich erläutert werde.

Klaus Wichert (SenMVKU) erläutert, dass mit dem Titel die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsformate finanziert würden. Dies seien etwa Informationsmaterialien und die Bezahlung von durchführenden Firmen. Im EPP-Format müsse aufgrund der Haushaltskonsolidierung zukünftig ein stärkerer Eigenbeitrag mit eigenem Personal erbracht werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage 182 c abgeschlossen sei.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Frage Nr. 184 b, Fraktion Die Linke

„Warum Steigerung?“

Franziska Leschewitz (LINKE) bittet, die Frage kurz mündlich zu erläutern.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) führt aus, dass 2026 der Deutsche Naturschutztag in Berlin veranstaltet werde. Daher werde der Ansatz erhöht.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage abgeschlossen sei.

Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen –

Frage Nr. 187, Fraktion Die Linke

„Ist der Hinweis auf die Stadtbaumkampagne ein redaktioneller Fehler?“

Franziska Leschewitz (LINKE) bittet um Auskunft, ob dies ein redaktioneller Fehler sei.

Stefan Reepschläger (SenMVKU) erläutert, dass dies kein Fehler sei. Der Ansatz betrage 1,6 Mio. Euro. In der Erläuterung seien aber 1,5 Mio. Euro aufgeführt. Die Differenz seien die Spendeneinnahmen für die Stadtbaumkampagne.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage abgeschlossen sei.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Frage Nr. 193 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Warum die ungleiche Verteilung (Kürzungen/Erhöhungen) der Gelder innerhalb der verschiedenen Träger*innen. Größte Kürzung mit 20% bei Nr. 15 Warum?“

Nr. 1 Wie ist der Stand des Wiederaufbaus nach dem Brand? Ist der Schaden komplett durch die Versicherung gedeckt?

Nr.4 Um was für ein Projekt handelt es sich hier? Warum wird der Titel Stiftung Comenius Garten nun in diesem Titel geführt? War die Stiftung schon zuvor eine institutionelle Förderung oder ist das neu? Warum Aufstockung um 80.000 Euro? Was soll mit der finanziellen Erhöhung finanziert werden? Bitte um Darstellung der Kostenaufteilung für diesen Titel.

Nr. 7 Warum sind 2024 hier keine Mittel abgeflossen?

Nr. 8 Werden unter Berücksichtigung des Ist 2024 die dort eingestellten Mittel als ausreichend erachtet?

Nr. 15 Werden unter Berücksichtigung des Ist 2024 die dort eingestellten Mittel als ausreichend erachtet?

Nr. 17 Warum sind 2024 hier keine Mittel abgeflossen?

Nr. 19 Warum sind 2024 hier keine Mittel abgeflossen? Warum wird der Titel gestrichen?“

Frage Nr. 193 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wie erklärt sich die Kürzung der Haushaltsmittel für die lfd. Nr. 7, 8, 15, 17? Wie sollen diese Umwelt- und Naturbildungseinrichtungen bzw. Zuwendungsempfänger ihre Arbeit in 2026 und 2027 angesichts dieser Kürzungen fortsetzen?

Bitte um einen Bericht über den Stand der Maßnahmen „StadtNatur – Berlin ökologisch Denken, Deutsche Kultur-Gemeinschaft Urania Berlin e.V.“, „Bildung für ein grünes Berlin, Grün Berlin GmbH“ und „Aktivieren für Natur: Forschung, Partnerschaften und Zusammenarbeit Bildung, Museum für Naturkunde“. Warum wird die Naturbildung beim Naturkundemuseum nicht mehr finanziell gefördert, was in den vorigen Doppelhaushalten nicht der Fall war.

Wie werden die Tarifsteigerungen bei den Teilansätzen abgebildet, die geringere Beträge für 2026/2027 als in 2024/2025 haben? Wie beeinflusst dies die Finanzierung der Arbeit dieser Träger?

Nr. 20: Was sind die genauen Aufgaben und Tätigkeiten des Wildtierkompetenzzentrums (jetzt Wildtiernetzwerk) im Berliner Wildtierschutz?

Was wird davon bereits umgesetzt und welche Aufgaben bzw. Tätigkeiten sollen im kommenden Jahr noch dazu kommen?

Gibt es Maßnahmen für den Umgang mit oder die Populationskontrolle von Waschbären?

Wie ist die Kürzung mit der von der Koalition geplanten Ausweitung des Angebots des Wildtiernetzwerks vereinbar?“

Frage Nr. 193 c, Fraktion Die Linke

„Warum die ungleiche Verteilung (Kürzungen/Erhöhungen) der Gelder innerhalb der verschiedenen Träger*innen?

Zu Nr. 14, 15 und 17: Warum Absenkung?

Zu 15: Wie sollen die sehr gut angenommenen Bildungs- und Erlebnisangebote rund um die Themen Stadtnatur, Biodiversität, Wildbienen, ökologische Inseln und Hitzeschutz künftig aus Sicht des Senats in gleichbleibender Quantität und Qualität ange-

boten werden, wenn rund 20.000 € in 2026 und immer noch 14.000 € in 2027 wegestrichen werden?

Zu Nr. 19: Wie hoch ist der Teilansatz für die Wildtierstation des NABU Berlin e.V. bei 0750/67101, lfd. Nr. 2a?

Wie viel erhält die Wildtierstation künftig mit der neuen Ausweisung im Haushalt?

Zu Nr. 20: Warum sinkt der Zuschuss an den Forschungsverbund Berlin e. V. Wildtierkompetenzzentrum Berlin? Inwieweit muss die Arbeit des Forschungsverbunds dadurch eingeschränkt werden?“

Frage Nr. 193 d, AfD-Fraktion

„2025 gab es für die Unterstützung von Naturschutzarbeit noch Zuschüsse in Höhe von 129.390 Euro. Diese werden für die Jahre 2026 auf 50.000 Euro und 2027 auf 51.600 Euro gekürzt. Welche Unternehmen und Projekte sind namentlich von den Kürzungen in welcher Höhe betroffen?

Zu Institutionelle Förderung: 4. Stiftung Comenius-Garten (NEU)*:

Die Stiftung wird 2026 und 2027 jeweils mit 337.000 € gefördert: Welche Wirkungs- und Zielorientierung weist die Stiftung Comenius-Garten auf? Was macht sie für die kommenden Jahre förderungswürdig? Woran orientiert sich die o. g. Fördersumme für 2026 und 2027?“

Linda Vierecke (SPD) bittet um Erläuterung, warum im TA 15, NIRGENDWO als innerstädtisches Bildungs- und Erlebniszentrum, BUND Landesverband Berlin e.V., gekürzt werde, während im neuen TA 4, Stiftung Comenius-Garten, ein starker Aufwuchs stattfindet. Was sei die Stiftung Comenius-Garten? Angesichts der Haushaltslage sei der Aufwuchs zu hinterfragen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ bittet, die Frage gegebenenfalls nachzureichen.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) stimmt zu, dass der Aufwuchs auffällig sei. Beim letzten Nachtragshaushalt hätten in diesem Titel 30 Prozent gekürzt werden sollen. Es sei gut, dass die Koalition dies geändert habe und im aktuellen Entwurf kaum gekürzt werde. Warum sei das Museum für Naturkunde nicht im Haushaltsentwurf enthalten? Die Fragen seiner Fraktion sollten schriftlich beantwortet werden.

Franziska Leschewitz (LINKE) stimmt zu, dass der Aufwuchs des TA 4 erläutert werden solle.

Klaus Wichert (SenMVKU) erläutert, dass die Kürzungen durch die Haushaltskonsolidierung nötig geworden seien. Die Kürzungen seien bei finanziell stärkeren Trägern angesetzt worden, die die Kürzungen selbst kompensieren könnten. – Die Stiftung Comenius-Garten sei nach langen Planungen 2025 gegründet worden, um die Arbeiten im Böhmisches Dorf von der Grün Berlin GmbH zu übernehmen. Um diese Stiftung gründen zu können, habe sicherge-

stellt werden müssen, dass diese verlässlich durch das Land Berlin finanziert werde, da es keinen Kapitalstock gebe, um die Aufgaben dauerhaft wahrzunehmen.

Linda Vierecke (SPD) unterstreicht, dass angesichts der Haushaltskonsolidierungen der Aufwuchs infrage stehe. In den Bereichen Klimaschutz und Grün würden 60 Prozent bzw. 25 Prozent gekürzt. Alle Umweltbildungsträger im Titel leisteten eine wichtige und gute Arbeit, daher seien die Kürzungen und der Aufwuchs unverhältnismäßig. Der Beitrag der Stiftung zur funktionierenden Stadt sei fraglich.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) bezeichnet es als Fehler, dass beim Museum für Naturkunde und NIRGENDWO gekürzt werde. Die eingesparten Beträge, etwa 50 000 Euro beim Museum für Naturkunde, seien angesichts der nötigen Haushaltskonsolidierung zu gering. Das Museum leiste wichtige, teilweise ehrenamtliche, Naturbildungsarbeit. Er stimme der Abgeordneten Vierecke zu, dass hier korrigiert werden müsse.

Alexander Bertram (AfD) bittet, dass im Bericht detailliert ausgeführt werde, warum der Aufwuchs und die Kürzungen nötig seien. Die mündliche Beantwortung sei noch nicht ausreichend.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) führt aus, dass bislang die Grün Berlin GmbH für die Aufgaben bezahlt worden sei. Daher sei der Aufwuchs bei der Comenius-Stiftung eine Verlagerung von Mitteln im Haushalt. Dazu werde schriftlich ausgeführt.

Mathias Schulz (SPD) merkt an, dass es dennoch einen Aufwuchs auch gegenüber den bisher an die Grün Berlin GmbH ausgereichten Mittel gebe. Es solle erläutert werden, warum der teurere Weg über eine Stiftung gewählt worden sei.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass dazu schriftlich ausgeführt werde. Der Stiftungszweck kläre die Aufgaben der Stiftung und werde dann zitiert.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden.

Titel 82164 – Kauf von bebauten Grundstücken für das Verwaltungs- und das Stiftungsvermögen –

Frage Nr. 196, Fraktion Die Linke

„Bitte Nr. 2 erläutern: Erwerb eines Grundstücks im Zusammenhang mit dem Städtebaulichen Rahmenvertrag für die Entwicklung des Gleisdreiecks vom 27. September 2005: Um welches Grundstück handelt es sich? Was wird damit beabsichtigt?“

Dr. Michael Efler (LINKE) schlägt vor, die Frage nach Möglichkeit mündlich zu beantworten.

Klaus Wichert (SenMVKU) liest vor, dass im Rahmen der Festsetzung des Bebauungsplans VI-140a hätte bestätigt werden müssen, dass die Kaufsumme für das Flurstück 3428 in Höhe von 52 500 Euro nicht nur in den Haushalt eingestellt werde, sondern dass die Bestätigung seitens der Senatsverwaltung für Finanzen über die Verfügbarkeit der Summe vorliege. An-

dernfalls sei die Umsetzung der Maßnahme und somit die Erforderlichkeit der Planung nicht gegeben. Das sei ein Grundstück, das als Zugang zum Westpark diene, das der Eigentümer bereitgestellt habe. Die Fläche sei als öffentliche Grün- und Erholungsanlage gewidmet, somit sei dieses Flurstück rechtlich und wertmäßig gegenüber seiner planungsmäßigen rechtlichen Qualität baulandeingeschränkt. Gemäß § 40 Absatz 2 BauGB könne ab der Festsetzung einer öffentlichen Grünfläche in einem B-Plan der Eigentümer die Übernahme der Flächen verlangen, wenn und sobald es ihm wirtschaftlich nicht mehr zumuten sei, das Grundstück zu behalten. Insofern könnten vom Eigentümer Entschädigungsansprüche gegen das Land Berlin geltend gemacht werden. Die Mittel seien bisher nicht abgerufen worden, müssten aber bereitstehen.

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet, dass das aufgrund der Komplexität schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Titel 89182 – Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft – (neu)

und

Titel 89282 – Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft – (neu)

und

Titel 89382 – Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft –

Frage Nr. 198 a, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„In welchem Umfang sollen mit dem Ansatz 1.000 Euro Investitionen bezuschusst werden?“

Frage Nr. 198 b, Fraktion Die Linke

„Bitte Haushaltssystematik erläutern.“

Frage Nr. 199, Fraktion Die Linke

„Bitte Haushaltssystematik erläutern.“

Stefan Reepschläger (SenMVKU) erläutert, dass die Zuschüsse bislang in Titel 68282 – Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft – veranschlagt gewesen seien. Mit der Überarbeitung der Förderrichtlinien habe auch Rechnungshof beteiligt werden müssen, der bemängelt habe, dass die Zuschüsse teilweise Investitionen seien, die nicht aus Titel der Hauptgruppe 6 finanziert werden könnten. Deswegen sei ein Teil der Ausgaben in die vier neuen empfängerspezifischen Titel verschoben worden. Die Titel seien untereinander deckungsfähig. Daher seien bei drei Titeln ein Merkansatz von 1 000 Euro und beim Titel 89482

– Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft – 2026 fast 900 000 Euro und 2027 400 000 Euro eingestellt.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen abgeschlossen sei.

Kapitel 0751 – Berliner Forsten –

Auswirkungen Moratorium

Frage Nr. 213, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Wo etatisiert sich die Planung für die Vorstellung der Ergebnisse des Moratoriums des Mischwaldprogramms? Was genau ist geplant und wann? Wie wird die Stadtgesellschaft eingebunden?“

Linda Vierecke (SPD) bittet um Einschätzung, wie sich das Moratorium im Haushalt auswirke.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) erläutert, dass sich das Moratorium in vier Titeln abbilde: Titel 54109 – Mischwaldprogramm –, Titel 52124 – Unterhaltung der Forsten –, Titel 54010 – Dienstleistungen – und Titel 54053 – Veranstaltungen –. Geplant sei, auf dem Deutschen Naturschutztag am 10. bis 14. März 2026 erste Ergebnisse zu veröffentlichen. Davor gebe es interne Beratungen und Abstimmungen in den Berliner Forsten und mit den Verbänden. Die Stadtgesellschaft werde nach der Vorstellung erster Ergebnisse eingebunden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Titel 52124 – Unterhaltung der Forsten –

Frage Nr. 223 c, Fraktion Die Linke

„Inwieweit reicht der Ansatz angesichts der bisherigen und der zu erwartenden Sturmschäden aus?“

Dr. Michael Efler (LINKE) erinnert, dass die Sturmschäden gezeigt hätten, dass das vorhandene Material nicht ausreiche um mit derartigen Schäden umzugehen. Sei im Haushalt nun ausreichend Vorsorge getroffen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) unterstreicht, dass die SenMVKU dankbar für die Unterstützung, die sie von THW, Polizei Feuerwehr und insbesondere dem Land Brandenburg erhalten habe, sei. Weiteres erläutere Gunnar Heyne.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) erläutert, dass ein Sturm wie Ende Juni ein unvorhersehbares Ereignis sei. Der nötige Bedarf sei ebenfalls nur schwer prognostizierbar. Angesichts dessen, dass solche Ereignisse durch den Klimawandel voraussichtlich häufiger aufträten, seien die Mittel aber nicht ausreichend. Im konkrete Fall seien zusätzliche Mittel für Forstspezial-

technik beantragt worden. Das Vorhalten von Technik und geschultem Personal sei unabdingbar und führe zu höheren Mittelbedarfen.

Benedikt Lux (GRÜNE) kritisiert, dass die Senatorin keine politische Einschätzungen abgebe. Der wiederholte Verweis auf die 2,3 Milliarden Euro für den Kauf von Elektrobussen seien nicht ausreichend. Die Politik sei für das Treffen von Entscheidungen zuständig. Er fordere daher Aussagen zum weiteren Verfahren mit dem Mischwaldprogramm und der Beräumung der Sturmschäden. Es gebe Initiativen, die forderten, den Wald sich selbst zu überlassen. Er sehe aber, dass auch zukünftig der Wald als Naherholungsraum erhalten bleiben und die Waldbrandbekämpfung möglich sein müsse. Daher müssten auch Gefahren für Bevölkerung und Rettungskräfte beräumt werden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) wendet ein, dass sie deutlich ausführe, aber ihre Ausführungen anscheinend nicht vollständig verstanden werden. Von den 2,3 Milliarden Euro werde nur ein Teil für den Ankauf von Elektrobussen genutzt. – Der Sturmschaden sei ein unvorhersehbares Ereignis mit besonderen Bedingungen gewesen, das sich so hoffentlich nicht wiederholen werde. – Das Moratorium laufe demnächst aus, sodass derzeit erarbeitet werde, wie weiter verfahren werde. – Vom Schadholz werde möglichst viel weiter genutzt. Der Rest verbleibe zur ökologischen Aufwertung im Wald.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) stellt klar, dass der Nutzungsanteil des Schadholzes höchstens 10 bis 15 Prozent betragen werde. Bislang liege der Wert darunter. Der Rest des Schadholzes verbleibe im Wald. In einer Presseerklärung in der nächsten Woche werde der Staatssekretär genauer dazu ausführen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage 223 c abgeschlossen sei.

Linda Vierecke (SPD) schlägt vor, die Sitzung um 15 Minuten zu verlängern.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 68458 – Zuschüsse an Organisationen für die Waldschularbeit –

Frage Nr. 232 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Bitte um einen Bericht über die Arbeit der Waldschulen. Wie stark sind die Waldschulen ausgelastet?

Sind die Haushaltsmittel für 2026 bzw. 2027 auskömmlich?

Ist geplant, neue Aktionsräume auszuweisen?“

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) äußert, dass er dankbar für die Arbeit der Waldschulen sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –

Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt –

Titelübergreifend

Frage Nr. 241, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Bitte um einen kurzen Bericht über die Landesförderung der Projekte im Bereich Umwelt- und Klimaschutz in allen Bezirken.“

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bittet, dass die Frage genauer erläutert werde.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) erläutert, dass in der Antwort die Projektlandschaft in den Bezirken im Bereich Umwelt- und Klimaschutz dargestellt werden solle. Die Bezirke würden durch den Senat im Bereich Umwelt- und Klimaschutz gefördert.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) hält fest, dass die Antwort den Förderungsbegriff also sehr weit fassen solle.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Titel 52136 – Anteil an der Straßenreinigung –

Frage Nr. 244 b, Fraktion Die Linke

„Wo wird der Anteil an der Straßenreinigung jetzt nachgewiesen?“

Franziska Leschewitz (LINKE) bittet, die Frage mündlich zu beantworten.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft –

Frage Nr. 245 b, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Wie begründet der Senat den Wegfall des Titels? Wie wird dieser kompensiert?“

Warum wird das seit 2019 in allen Berliner Bezirken bis jetzt erfolgreich umgesetzte Projekt „Parkmanagerinnen und -manager bzw. Parkläuferinnen und -läufer“ eingestellt?

Bitte um einen Bericht zur Begründung der Entscheidung sowie zur bisherigen Umsetzung“

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt nach, mit welchen Maßnahmen das Parkläuferprogramm doch erhalten werden könne.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Titel 97110 – Verstärkungsmittel –

Frage Nr. 248 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

„Der Senat hat im Sicherheitsgipfel 28 Millionen zur Verfügung gestellt. Wie viel Geld wurde davon in den HH-Jahren 24/25 verausgabt? Bitte um Auflistung, für welche Projekte das Geld ausgegeben wurde. Wie soll die Verstärkung der Aufgaben mobile Sozialarbeit und Parkläufer erfolgen, ohne entsprechende Mittelzuweisung für die Bezirke? Wie gedenkt der Senat die Beschlüsse des Sicherheitsgipfels Ausweitung des Park-/Kiezläufer-Programms und Stärkung der Ordnungsämter in den Bezirken angesichts der drastischen Kürzungen umzusetzen? Warum kürzt der Senat die Park- und Kiezläufer?“

Linda Vierecke (SPD) unterstreicht, dass die Mittel für die Sozialarbeit des Parkläuferprogramms gut abgerufen würden und extrem wichtig für die funktionierende Stadt seien. Es gebe den politischen Wunsch, die Kürzungen zurückzunehmen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass im Sinne der gemeinsamen Verantwortung bereits beim Sicherheitsgipfel und der Implementierung der Maßnahmen eine Verstärkung der Mittel in den Einzelplänen und den Bezirkshaushalten über das Haushaltsjahr 2025 hinaus zugrunde gelegt worden sei. Die Senatsverwaltungen und die Bezirke seien von der SenMVKU dazu angeschrieben worden. Insofern sei absehbar gewesen, dass diese Mittel nicht mehr im Einzelplan 07 geführt würden. Dazu werde schriftlich ausgeführt.

Linda Vierecke (SPD) bittet, dass erläutert werde, in welchem Einzelplan diese Mittel veranschlagt werden sollten.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, dass dies schriftlich erläutert werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten –

Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes –

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass TOP 1 zur zweiten Lesung der Kapitel und Titel des Umwelt- und Klimaschutzbereichs des Einzelplans 07 am 16.10.2025 vertagt werde. Die angeforderten Berichte seien bis zum 02.10.2025 in Form einer Sammelvorlage dem Ausschuss vorzulegen. Die erste Lesung der Kapitel und Titel des Umwelt- und Klimaschutzbereichs des Einzelplans 07 sei damit abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.